

Desa wo dem

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugshbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16 — Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierteljährlich 48 — Kč, halbjährlich 96 — Kč, jährlich 192 — Kč. Für Deutschland 16 — Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Der parlamentarische Betrieb.

Wenn in den letzten Tagen ein Fremder die Galerie des Abgeordnetenhauses betrat, so bot sich ihm meist ein erstaunliches Bild: ringsum im Saale gähnende Leere; in den verlassenen Bänken kaum ein halbes Dutzend Abgeordnete, Zeitung lesend, oder Briefe schreibend. Vor dem Rednerpult saß er einen Mann, heftig agierend, von einem Blatt Papier etwas ablesend, während hinter ihm auf erhöhter Estrade der Präsident in erhabener Langeweile thronte. Von dem, was der Mann auf der Rednertribüne in weitestrunder Einfachheit monologierend vortrug, nahmen nur ein Paar Stenographen Notiz, die mit Selbstverleugnung und Kurzschrift jedes Wort des Redners, der sonst keine andere abzufragende Erwartungswahl hatte der verblüffte Zuschauer auf der Galerie auf den Moment, da der Redner von der schaurigen Einfachheit erschrocken und zur Verzweiflung getrieben, Selbstmord verüben werde. Wenn der Redner dann seinen Speech beendet hatte, rief die Mode des Präsidenten einen neuen auf den Plan, der unbestimmt um das, was seine Vorredner gesagt hatten, seine Rede vortrug; so ging es zwei Wochen lang ähnlich von Mittag bis spät am Abend, mitunter sogar bis gegen Mitternacht. Nur mitunter, wenn ein Redner sprach, der einer größeren Partei anzuhören das Glück hat, erschien vor der Parlamentsebene eine größere Gruppe, um durch gelegentlichen Beifall einzelne Stellen der Ausführungen ihres Redners zu unterstützen und das Abgeordnetenhause sah eine Zeitlang aus wie ein wirkliches Parlament.

Nichts wäre verfehlt, als für dieses traurige Abbild des Parlamentarismus, das die „Verhandlungen“ des Parlamentes in den letzten Tagen boten, die Abgeordneten verantwortlich machen zu wollen. Was den trübsaligen mangelnden Arbeitseifer der tschechoslowakischen Parlamentarier zur Karrikatur eines solchen herabdrückt, daran trägt nicht mangelnder Arbeits der Abgeordneten die Schuld, sondern es ist das hier fehlende System des parlamentarischen Betriebes, sowie der Mangel einer vernunftgemäßen Zeitökonomie, die beide gleichermaßen solche den Parlamentarismus entwürdigende Erscheinungen zeitigen, wie sie in der letzten Zeit besonders traurig sichtbar wurden. Die Wurzeln des Übels reichen bis in die Zeiten des österreichischen Parlamentes zurück, dessen Laizier der tschechoslowakische Parlamentarismus trotz aller „Entösterreichung“ getreulich übernahm ohne auch seine Tugenden sich anzueignen. Man läßt es vor allem, genau so, wie es in Österreich der Fall war, an einer unzureichenden Zeiteinteilung fehlen, wozu noch kommt, daß beispielsweise die Budgetdebatte sich viermal wiederholt: zuerst im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses dann in dessen Plenum, worauf die Debatte aufs Neue im Budgetausschusse des Senates losgeht und schließlich im Plenum des Senates unter allgemeiner Erörterung und Teilnahme sämtlicher Mitglieder. Die Teilnahmelosigkeit der Abgeordneten ist mit ihren tödlichen Lähmungen eigentlich schon nach der Generaldebatte im Abgeordnetenhause, nach den großen politischen Auseinandersetzungen ein, wozu die Teilnahme beiträgt, daß jeder Abgeordnete weiß, daß an den Rissen des Budgets, wie sie von der Regierung im Einvernehmen mit

der Beska festgesetzt wurden, nicht die geringste Änderung vorgenommen werden darf, daß alle vorgebrachten Wünsche und Kritiken unberücksichtigt bleiben, auch wenn die einzelnen Redner mit Entgegnungen sprächen und tausend Notwendigkeiten für die Abänderung der Budgetziffern ins Treffen geschickt werden würden. Im österreichischen Abgeordnetenhause war der Einfluß der Abgeordneten auf die Gestaltung des Budgets auch gerade kein unwichtiges, aber sie waren in ihrem Wirken nicht wie hier zur völligen Hoffnungslosigkeit verurteilt, denn dort vermochten die Vertreter der Parteien zumindest im Budgetausschusse ihren Einfluß zur Geltung zu bringen und die Berücksichtigung mancher Forderung zu bewirken. Hier war es den Oppositionsparteien im Vorjahre nur möglich, eine Anzahl — Resolutionen zur Annahme durchzuführen, aber selbst das wurde heuer dadurch unmöglich gemacht, daß die Beska, oder wie sie jetzt heißt: der Finanzkommission, den Grundsatz aufstellte, alle Abänderungsanträge und Resolutionen abzulehnen. Die Debatten der beiden Häuser enthalten eine Fülle von Bemerkungen und von Anregungen, aber ungeachtet der Hoffnungslosigkeit, erreichbare Erfolge zu erzielen, werden die Reden der Abgeordneten zu Monologen, die alle auch nur anzuhören, über die Kraft der Nerven

Die Mängel unseres parlamentarischen Betriebes zeigten sich aber nicht nur gele-

gentlich der Debatte über das Budget. Mehr als die eine Hälfte des Jahres ging dahin, ohne daß das Parlament eine wirkliche Tätigkeit entfaltet hätte, erst Anfang August, als alle anderen Parlamente in die Sommerferien gegangen waren, erwachte der Arbeitstrieb der bis dahin wadlig gewesenen Beska und während der ärgsten Hundstagshitze mußten Abgeordnetenhause und Senat eine Menge von Gesetzesvorlagen erlassen, die geistlich für einen Seifenblasenschnitt gehalten hätten. Weder die Beratungen darüber in den Ausschüssen, noch in den beiden Häusern konnten in der beengenden Kürze und Hast in solcher Weise vorgenommen werden, wie sie eine gewissenhafte Gesetzgebungsarbeit erfordert. Die Tagesordnung einer Sitzung des Senates umfaßte damals etwa neunzig Vorlagen. Das bedeutet, den Parlamentarismus zur Komödie, das Parlament selbst zur Abgemurrigtemarkteparlamentarische Betrieb macht die ernste und gründliche Durcharbeitung der Gesetze immer schwerer möglich; der Schaden, den er stiftet, ist aber noch größer: dadurch, daß die Reden der Abgeordneten zu Selbstgesprächen herabsinken, die eigentliche Tätigkeit der Gesetzgebungsorgane nur im Abstimmen über die vorher von einer kleinen Gruppe von Aguren unabänderlich festgesetzten Vorlagen besteht, wird die Demokratie aufgehoben und das Parlament wird zum Feigenblatt des nackten Absolutismus der Beska.

ten strogen. Dort wird behauptet, daß ein Korporal Svoboda verschleppt wurde und nachts auf der entgegengesetzten Seite der Stadt schrecklich verprügelt aufgefunden und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Weiter wird behauptet, alle Soldaten und Offiziere, seien durch Steine schwer verletzt worden. Selbst meine Worte, die ich am Grabe der Gefallenen gesprochen habe, sind vollständig unterschlagen worden und es werden mir Sätze in den Mund gelegt, die nie über meine Lippen gekommen sind. Das, was in den Bättern geschrieben wurde ist vollständig unwahr. Wenn bei allen derartigen Vorfällen das tschechische Volk so informiert wird, dann braucht man sich nicht wundern, wenn es zu Erzeffen kommt wie feinerzeit in Saaz und Eger.

### Für das Handelsministerium

sind über 20 Millionen ins Budget eingestellt. Dieser Betrag ist viel zu gering. Man hat frampfhast versucht, durch die westliche Orientierung den Handel nach Frankreich und die anderen Ententestaaten zu leiten und hat dadurch der Volkswirtschaft die allergrößten Wunden geschlagen. Wir sehen aus den Einfuhrziffern, daß wir mit unserem ganzen Wirtschaftsleben und Handel ganz auf Deutschland und Deutschösterreich angewiesen sind. Trotzdem hat man Versuche unternommen in den letzten Jahren die polnisch und wirtschaftlich denkbar größten Schwereigkeiten gemacht. Bei einer richtigen Handelspolitik, die auf die wirtschaftlichen Verhältnisse volle Rücksicht nimmt, wäre es gar nicht schwer, in unserem Lande eine vollständig aktive Handelspolitik zu erreichen.

Wir begrüßen die endliche Aufhebung des Amtes für Außenhandel, das nun organisiert in das Handelsministerium eingegliedert werden soll. Wir haben den Wunsch, daß das neue Handelsministerium unter der einheitlichen Leitung des Außenhandels jene Leute an die Spitze setzt, die nicht nur den guten Willen haben — wie es der Handelsminister in der letzten Sitzung des Ausschusses erklärte, — sondern die auch das richtige Verständnis und die Fähigkeit besitzen, den Außenhandel so zu leiten, daß wir zu einer aktiven Handelsbilanz kommen und uns im Auslande draußen jenes Vertrauen erringen, das wir leider, wie der Handelsminister zugestehen mußte, durch unsere schlechten Waren und die schlechte Bedienung vielfach verloren haben.

Wir fragen die Regierung, wann endlich die Reform der Handels- und Gewerbebekammer erfolgen wird und wie lange wir noch auf die Angestellten- und Arbeiterkammern warten sollen. Auch auf die Förderung der wirtschaftlichen Genossenschaften scheint man ganz ver-gessen zu haben, wir sehen, daß sich hierin sogar der Widerstand der Regierung geltend macht.

Wir fordern, daß von der Regierung das Koalitionsrecht der Post- und Telegraphenangestellten endlich einmal vollständig anerkannt wird. Die Regierung muß auch darauf drängen, daß in der Frage der Errichtung neuer Postämter und der Erweiterung des Telephonnetzes endlich mehr geschieht, daß die Zustände im Chekamt vollständig geändert werden.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Investitions- und Verkehrsankleihen. Statt 1.400 Millionen sind kaum 400 Millionen gezeichnet worden, Industrie und Gewerbe wurden schwer geschädigt. Wenn der Staat in Zukunft derartige Anleihen mit Erfolg machen will, so gibt es nur einen Weg, sich das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu erwerben, nämlich die volle Einlösung der Kriegsanleihen. — Das Erfordernis für die Sachdemobilisierung ist im Budget mit 880.000 Kronen festgesetzt, obwohl bei dieser Post, im Kapitel Militarismus so viele Einnahmen zufließen sind. Darüber muß im Parlament Aufklärung gegeben werden. — Es ist selbstverständlich, daß wir ein Budget, gegen das wir so viele Beschwerden vorzubringen haben, ablehnen müssen.

## Die Budgetdebatte.

### Die Rede des Abgeordneten Genossen Palme.

Wir fragen zunächst die Rede des Abgeordneten Palme aus der Donnerstagsitzung ausführlich nach: Beim Kapitel Uebergangswirtschaft finden wir — sagte Palme — im Budget ein Mehr von 240 Millionen gegen das Vorjahr, ohne Angabe, wofür, während in den Kapiteln, die mit dazu gehören, wie die Arbeitslosenfürsorge und die Unterhaltsbeiträge, so gewaltige Streichungen vorgenommen wurden. Zu dem Kapitel

#### Unterhaltsbeiträge

sind 77 Millionen weniger eingestellt. Allerdings bemittelt die Regierung die Unterhaltsbeiträge so, daß niemand mehr davon leben kann. Es ist dringend notwendig, ein neues Gesetz zu schaffen, das den Unterhaltsbeitrag in einer Höhe von mindestens vier bis fünf Kronen pro Tag und anspruchsberechtigte Person festsetzt. Von allen Seiten kommen Beschwerden, daß die Ansuchen um Unterhaltsbeiträge zum großen Teil nicht erledigt werden. Ein weiteres trauriges Kapitel des Budgets ist

#### die Frage der Arbeitslosenfürsorge.

Im Budget für 1922 sind um 25 Millionen Kronen weniger eingestellt als im Vorjahr. Bis heute ist noch keine Durchführungsverordnung über den Anspruch der Saisonarbeiter auf Arbeitslosenunterstützung herausgegeben worden. Eine diesbezügliche Eingabe des deutschen Bauarbeiterverbandes in Reichenberg vom 4. Oktober 1921 wurde vom Ministerium für soziale Fürsorge dahin beantwortet, daß die Bauarbeiter als Saisonarbeiter vorläufig keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, solange nicht durch eine eventuelle Regierungsverordnung eigene Bedingungen für die Fürsorge festgelegt sind. Das Ministerium für soziale Fürsorge verstand nun von den einzelnen Fachorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Neuerungen, auf welcher Grundlage diese Unterstüßung erfolgen könnte. Der deutsche Bauarbeiterverband in Reichenberg ist um ein

solches Gutachten gar nicht angegangen worden und es macht den Eindruck, als ob für die Regierung auch in diesem Falle nur die tschechischen Organisationen vorhanden wären. Angezählte Tausende von Saisonarbeitern, die jetzt von der Mobilisierung zurückgelassen sind und nirgends Arbeit finden, verhungern mit ihren Familien. Es muß endlich einmal klipp und klar gesagt werden, daß es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Arbeitslosigkeit mehr gibt, die bei längerer Arbeitslosigkeit von den Ersparnissen leben könnten. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat die Pflicht, so rasch wie möglich die Durchführungsverordnung für die Saisonarbeiter herauszugeben. Die Arbeitslosen mit ihren Familien müssen die Mängel dieses Gesetzes bitter büßen. Im Bezirk Joachimsthal-Waldau wurde eine große Menge von Hand-schuharbeitern und -arbeiterinnen ins letzte Elend geführt, weil in diesem Bezirk überhaupt keine andere Arbeitsmöglichkeit zu finden ist. So wie es diesen geht, geht es auch vielen Tausenden anderer Arbeiter, anderer Gebiete. In Viehau sind von 870 Personen 743 Personen die Unterstützung eingestellt worden! Ferner ist es eine Grausamkeit dieses Gesetzes, daß die über 60 Jahre alten, von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind. Dazu kommt noch die Art, wie die politischen Behörden das Gesetz handhaben und Abweisungen vornehmen, die in keiner Weise begründet sind. Bei einer solchen Handhabung des Gesetzes ist es selbstverständlich, daß die Existenz unter der Arbeiterschaft wächst.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber ein paar Worte über

#### die Überscher Angelegenheit

verlieren, weil ich es öffentlich antragen will, wie die tschechische Presse die tschechischen Vorfälle aufklärte. In einem Artikel der „Narodni Politika“ vom 5. November und in einem Artikel der „Narodni Demokracie“ vom 3. November sind Nachfragen enthalten, die einfach von Unwahrhei-

Die Budgetdebatte

geht zu Ende, in breitem, jähem Strome ergießen sich die letzten Redestützen, die und da von oben schon ein wenig eingedämmt. Aber in der innermühtlichen, ermüdenden Debatte prägen sich die Anklagen, die von den deutschen Arbeitervertretern der Regierung und den Mehrheitsparteien, entgegengeschleudert werden, umso fester ins Gedächtnis. Was alle Redner unserer Fraktion im Laufe der Debatte immer wieder vorbrachten, wurde gestern durch die Reden Hausmanns und Grünzners noch mehr unterstrichen: Regierung und Mehrheitsparteien und insfolgedessen auch das Budget kennen nur das falsch verstandene Interesse des Staates trotz mancher schöner Worte aus den Reihen der tschechischen sozialistischen Parteien bleibt die Tatsache bestehen, daß in der tschechoslowakischen Republik den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes viel zu wenig, in mancher Hinsicht empörend wenig, Rechnung getragen wird. Die Hiffern des Budgets sprechen eine zu deutliche Sprache darüber, wie „hoch“ man Leben und Gesundheit des Proletariats in diesem Klassenkampf des Reichs nicht wenigstens als fünf Prozent haben gelernt von der Tribüne des Parlaments zur Öffentlichkeit gesprochen, die tschechische Sozialdemokratin Karlová hat sich für ihr Geschlecht, hat sich für die arbeitenden Frauen sicherlich mit zum Herzen gehender Wärme eingelassen. Was nützt's, wenn ihre Partei der Regierung, in der ja auch ihre Vertrauensmänner sitzen, für dieses Budget das Vertrauen verlieren? Was können die Worte des früheren Ernährungsministers Johannis und die rüchichtslose Kritik des linken tschechischen Sozialdemokraten Klein fruchten? Frau Burkynová, die Sprecherin der Nationaldemokraten, hat sich übrigens nicht geschämt, freudig den Verdienst für die Abren in Anspruch zu nehmen. Sie rühmte die Arbeit der weiblichen Abgeordneten, gab ihrer Freunde Ausdruck, daß es „uns Frauen“ gelungen ist, das Alkoholverbot für ausländische durchzusetzen. Dabei war gerade sie es, die dem Antrag unseres Genossen Politischer im Gesundheitsauschuß die größten Schwierigkeiten bereite.

Die gestrige Sitzung.

Vizepräsident Kruban eröffnete die Sitzung um halb 12 Uhr. Der erste Redner, Abg. Rudig (Christl.-Soz.), bezeichnet als Grundlagen der tschechischen Minoritätsschulen im deutschen Gebiete das Demunziantentum und den Zwang. Die deutsche Landwirtschaft bedarf des Ausbaues von Winter- und Haushaltungsschulen. Das Kleingewerbe dieses Staates wird dem Untergang geweiht. Abg. Weberka. (tschech. Nat.-Dem.) verwahrt sich gegen den Ton verschiedener Redner, welche die Zusammenarbeit der Mehrheitsparteien untergraben wollten. Er bespricht ausführlich das Gewerbeschutzwesen. Auch die Handelschulen sollten dem modernen Geist mehr als bisher entsprechen. Abg. Köttel (Vd. d. Landw.) findet scharfe Worte gegen die Zentralwirtschaft. Er schreift der Peška die größte Schuld an der Ernährungsfrage zu. Eine Sanierung der Wirtschaft sieht er vor allem in der Einlösung der Kriegsanleihe. Abg. Petrovich (tschech. Nat.-Dem.) wünscht, daß der Postdienst genauer und rascher funktioniere. Unser Verkehrswesen leidet unter zu hohen Tarifen. Gewerbe und Industrie verlangen keine weitere Erhöhung der Steuern. Abgeordnete Stanke (Kommunistin) bringt die Beschwerden des weiblichen Proletariats vor. Sie fordert, daß den Kindern armer Eltern die Verunreinigung zugebilligt werden. Sie rügt es, daß den Kriegsschädigten keine Fürsorge und keine Versicherung zuteil wird, protestiert gegen das Verschleppen der Generäle im tschechoslowakischen Heer, weist auf die Verbreitung der Tuberkulose hin und fordert für ein Verkaufsverbot von Alkohol und Tabak an Jugendliche ein. Abgeordneter Karpis (tschech. Soz.-Dem.) wendet sich zunächst gegen die Art der kommunistischen Steuermoral und spricht dann von der Mission der Frau im öffentlichen und besonders im parlamentarischen Leben, in welchem sie vor allem den Geist einer wahrhaft sozialen Fürsorge und sozialer Gesetzmäßigkeit zu tragen hat. Sie fordert für die Witwen, Waisen- und Invalidenfürsorge ein und bekämpft scharf die Behinderung der Pensionsliquidation des Ministeriums für soziale Fürsorge. Das Gesetz über Wohnungszuteilung sollte erneuert und das Mietrechtsgesetz veränbert werden. Schließlich appelliert die Rednerin an die ganze tschechische Öffentlichkeit, das russische Hilfswort zu unterstützen.

Abg. Sopslo (Slowake, Agrarier) warnt darüber, die slowakische Landwirtschaft durch Belastung großer Getreideabgaben zu schädigen. Das Tempo der Durchführung der Bodenreform in der Slowakei ist zu langsam und das Volk leidet unter der Frohn der magyarischen Großgrundbesitzer. Abg. Janasik (tschech. Merik.) hält die gebundene Wirtschaft für unerträglich und protestiert gegen die den Landwirten bemessenen Steuern.

Abg. Mahner (Deutschnat.) spricht sich gegen die Einsetzung von landwirtschaftlichen Inspektoren aus. Vor allem wendet er sich gegen die Gewaltmaßnahmen, das vorjährige Mißverhältnis der Getreideabgaben hereinzubringen. Die Einführung von landwirtschaftlichen Kammern bedrohe die letzte selbständige deutsche Einrichtung, nämlich die deutsche Abteilung des Landesfiskalrates.

Abg. Kofel (tschech. Merik.) findet, daß der für soziale Fürsorge angelegte Posten zu niedrig ist. Die soziale Gesetzgebung wird vor allem die Verwirklichung der Sozialversicherung der Arbeiter betreffen müssen. Zur Linderung der Wohnungsnot muß ein stärkerer Druck auf die Kapitalisten ausgeübt werden. Die Vorlage eines Gesetzes, in welchem die Arbeitsgeber zum Abschluß eines Kollektivvertrages gezwungen werden sollten, erscheint unbedingt nötig.

Abg. Klein (tschech. Soz.-Dem., Linke) betont den Standpunkt seiner Partei, die gemeinsam mit den Arbeitern anstrebt, daß die Basis der Gesetzgebung der Privatangehörigen einheitlich mit der der Arbeiterschaft aufgebaut werde. Der Redner beschränkt sich darüber, daß nicht ein einziger Gesetzesvorschlag betreffs der Privatangehörigen behandelt wurde, während in Deutschland für diese schon längst Gesetze bestehen. Das Hilfsangestelltengesetz aus dem Jahre 1910 ist heute unmöglich geworden. Der Redner appelliert an die Mehrheit, über alle von seiner Partei diesbezüglich eingebrachten Gesetzesvorschläge endlich zu verhandeln. Er verweist weiter auf das Uebereinkommen der Gewerkschaften über die 36stündige Sonntagsruhe. Er schlägt vor, daß den Angestellten, die im Kriege gedient haben, die verlorenen Jahre ersetzt würden. Er rügt die Gleichgültigkeit Italiens, die bis jetzt eine Liquidierung der Wiener Pensionsanstalt hintanhält, in die unsere Angestellten viele Millionen eingezahlt haben. Er fordert eine Novellierung des Dienstvermittlungsgesetzes und schließlich die Verwirklichung der Arbeiterkammern.

Abgeordnete Landes-Stich (tschech. Nat.-Soz.) spricht über den äußeren und inneren desolaten Zustand der Krankenhäuser. Sie fordert die Errichtung einer Hochschule für Geburtshelferinnen. Der Kampf gegen die Volkskrankheiten kann nicht mit Erfolg geführt werden, wenn der diesbezügliche Budgetposten um zwei Millionen Kronen herabgesetzt wird.

Abgeordneter Grünzner

spricht über das

Eisenbahnbudget.

das für 1922 eine Steigerung des Erfordernisses um 1236 Millionen gegenüber dem Vorjahre ausweist. Nun ist der Bedarf nicht in diesem Maße gestiegen, sondern im Gegenteil gesunken. Die Regierung weist auf diese Weise in verkümmelter Form das Gesamtvermögen auf die Summe von 52 Milliarden hinaus, um so einen Betrag von mehr als 536 Millionen im nächsten Jahre zu ersparen. Es ist dies ein sehr gewagtes Finanzexperiment der Bürokraten. In den Zentralämtern, besonders in der Staatsbahnverwaltung, bei der Regierung und bei den Mehrheitsparteien ist auf einmal eine förmliche Ersparungs-epidemie ausgebrochen. Wir stehen durchaus auch auf dem Standpunkt, daß gespart werden soll, aber dies darf nicht auf Kosten des schlecht bezahlten, ausgehungerten Personals geschehen. Die Staatsbahnverwaltung behauptet, einen Überstand von noch immer 20.000 Bediensteten zu haben und hat schon vor Monaten mit Entlassungen von Arbeitern begonnen. In Vodenbach wurden nicht weniger als 184 Bedienstete über den Stand festgesetzt und ihre sofortige Entlassung angedroht. Dem Stationsvorstand handelt es sich in erster Linie darum, die eutische Bediensteten zu entlassen. Die Normierungskommissionen arbeiteten nach dem alten Schlüssel, ohne Anhörung der Vertrauensmänner. Die Überstände rühren hauptsächlich aus dem planlosen Einstellen von Kräften seit dem Ausbruch und dann aus dem von der Revolutionsnationalversammlung beschlossenen Legionärsgesetz, durch welches 7800 Legionäre eingestellt wurden, ohne Rücksicht darauf, ob sie die Fähigkeit dazu besaßen. Durch dieses Gesetz werden die eingestellten Legionäre in unerhörter Weise gegenüber den altgedienten Eisenbahnern in Vorteil gesetzt. Die Regierung möge endlich diesen Ungerechtigkeiten ein Ende setzen.

In jüngster Zeit ist die Wohnverwaltung sogar so weit gegangen, die Reinigungsfrauen bei den Schnell- und Personenzügen zu entlassen. Dadurch wurden diese mit ihren Kindern ins bitterste Elend gestochen. Wir richten an die Regierung und die Staatsbahnverwaltung die erste Mahnung, diese unschuldig Betroffenen wieder an ihren Platz zu stellen. Wenn die Staatsbahnverwaltung sparen will, so hat sie dazu auf dem Gebiete des Materialbesatzes, insbesondere bei der Kohl: reiche Möglichkeit. Wir fordern auch, daß dem Antrage des Zentralvertrauensmännerauschusses auf

Einsetzung von Inspektionen aus den zum Exekutivdienste nicht mehr verwendbaren Lokomotivpersonal endlich die Zustimmung erteilt wird. Hiedurch könnte auch den Unregelmäßigkeiten im Verkehr gesteuert werden. Aber auch in holländischer Hinsicht läßt der Zustand auf den Bahnen sehr viel zu wünschen übrig, besonders

die Arbeiterzüge werden vollständig vernachlässigt.

wie es scheint, in bewußter Weise. Was das Defizit der Eisenbahnen anlangt, halte ich mich verpflichtet, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Medinger aus der gestrigen Sitzung zu widerlegen. Dr. Medinger sagt unter anderem: „Es geht auf die Dauer nicht an, daß das Bahnpersonal über den Wert seiner Leistung bezahlt wird, indem es einen Zusatz aus dem Steuerfiskus bezieht.“ Das Wissen Dr. Medingers dürfte wohl aus den Kreisen der Unternehmer stammen. Er möge doch die Eisenbahner fragen, ob sie über den Wert ihrer Eisenbahnen besacht werden. Auch seine Kollegen Jung und Bösmann, die beide Eisenbahner sind und mit ihm zusammen in deutschen parlamentarischen Verbänden sitzen, werden ihn hinreichend aufklären können. Es zeigt sich hier wieder einmal klar, wie es mit den Anschauungen und der Politik der fragwürdigen Einheitsfront dieses Verbandes in Wahrheit aussieht.

Es ist dringend notwendig, daß endlich Gehaltsnormen geschaffen werden, die es den alten Bediensteten ermöglichen, in den Ruhestand zu treten. Was die von den Nachfolgestaaten nicht übernommenen Altpensionisten betrifft, richte ich an den Herrn Ministerpräsidenten den Appell, dafür zu sorgen, daß endlich die Konferenz in Rom zustande kommt, welche diese Frage regeln soll.

Wir fordern weiter, daß endlich die Wohnungsbauten für das Eisenbahnpersonal in den deutschen Industriegebieten in Angriff genommen werden und daß sich die Regierung endlich

ein Eisenbahnbauprogramm

gebe, bei dem auch die deutschen Gebiete berücksichtigt werden. Als einziges Beispiel führe ich die seit mehr als 20 Jahren geforderte Linie Kleinbahn—Tissa—Peterswald an.

Ein besonderer Skandal

hat sich in Ostschlesien im Sommer dieses Jahres zugezogen. Nach dem Untergang wurden 92 deutsche Eisenbahndienstleute von Bielitz-Biala und Umgebung aufgefördert, in diesem Gebiete zu bleiben und bei der Volkshausführung für die tschechoslowakische Republik zu agitieren und es wurde ihnen versprochen, daß sie von der tschechoslowakischen Staatsbahnverwaltung übernommen werden, gleichwie, welchem Staate dieses Gebiet zufallen sollte. Die tschechoslowakische Regierung hat ihr Versprechen nicht gehalten, die Staatsbahnverwaltung hat die Eisenbahner nicht übernommen und da sie auch die polnische Regierung abgewiesen hat, mußte sie das arme Deutschösterreich in Kauf nehmen.

Ich richte zum Schluß an die Regierung und an die Mehrheitsparteien die dringende Aufforderung, endlich Gerechtigkeit walten zu lassen und den Staat zu dem zu machen, was er in Wirklichkeit ist, zu einem Nationalitätenstaat. Es werden Sie diesem Staate, den Sie doch so überaus lieben, am besten dienen.

Abgeordnete Schrabva (tschech. Soz.-Dem.) wünscht, daß den Invaliden und alten mit Gebrechen belasteten eine größere Fürsorge gewidmet werde, damit sie nicht auf die öffentliche Wohltätigkeit angewiesen seien. Man muß den gebrechlichen Kindern durch Errichtung von Spezialanstalten und durch Erteilung eines Spezialunterrichtes eine Existenzmöglichkeit sichern. Die Verbesserungen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge können nur auf der Grundlage einer Ganeinteilung durchgeführt werden.

Abgeordnete Purshner (tschech. Nat.-Dem.) kämpft gegen die Ribellierung der Gehälter an. Sie protestiert gegen den vom Ministerium des Innern geplanten Erlaß, das Recht der Frau im öffentlichen Leben zu schmälern. Sie fordert einen gesetzlichen Mutterschutz.

Abg. Peltan (tschech. Nat.-Soz.) weist darauf hin, daß noch viele sozialpolitische Gesetze zu erledigen sind. Er reklamiert die Ausarbeitung über die Angestelltenkammern. Seine Partei stimmt gegen eine Erhöhung der Zinsen.

Abg. Rohanis (tschech. Soz.-Dem.) lehnt die Forderungen der Hausbesitzer ab. Das Baugesetz hat nicht erfüllt, was es versprochen hat. Den Einlegern kleinster Beträge sollte die größte Unterstützung im Bauen zuteil werden. Er wendet sich gegen die Liquidierung des Ernährungsministeriums.

Zum Schluß sprach noch die Abgeordnete Mach (tschech. Agr.), Burtbal (tsch. Nat.-Soz.), Tadsanek (Slowake, tsch. Soz.-Dem.), Pravec (Slow., Christl.-Soz.) und Kriz (tschech. Soz.-Dem.).

Schluß der Sitzung gegen 12 Uhr nachts.

Auskünfte.

Im Auswärtigen Ausschusse,

der gestern tagte, erstattete Sibel Bericht über das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland. Genoss Dr. Politischer erklärte, daß seine Partei gegen das Wirtschaftsabkommen keine Einwendungen erhebt. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der im Abkommen vorgesehene Abbau der Einschränkungen des

Wie der Staat für die Arbeitenden sorgt.

Wie sieht es mit dem Schutz der arbeitenden Menschen aus?

Diese Frage beantwortete an Hand der Hiffern des Budgets für soziale Fürsorge und Volksgesundheit

Abgeordneter Hausmann.

Die Regierung hat sich bei der Aufstellung des Staatshaushaltsetats nur so nebenbei erinnert, daß es die vornehmste Pflicht des Staates ist, das höchste Gut, Leben und Gesundheit der arbeitenden Menschen zu schützen. Ich will nicht von den Unbilden sprechen, welche die deutschen Bürger dieses Staates ungenügend über sich ergehen lassen müssen, sondern nur darüber, wie Regierung und Mehrheitsparteien sich nach dem Budget den Schutz aller arbeitenden Menschen in diesem Staate vorstellen. 22 Kapitel des Veranschlagtes weisen Erhöhungen auf — das Kapitel für soziale Fürsorge eine Verminderung von 5,6%, das Kapitel Ernährung eine Verringerung von 20%.

Die Durchführung der Sozialversicherung, die von den Arbeitern aller Nationen rasch und gründlich verlangt wird, wird von der Regierung nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben. Unsere Partei wird innerhalb und außerhalb des Parlamentes alle zweckmäßigen Mittel anwenden, um den Widerstand gegen die Durchführung der Sozialversicherung zu brechen. Das Ministerium für soziale Fürsorge sieht dieser Frage völlig fremd gegenüber. Das Konto Sozialversicherung weist um 4750 Millionen weniger aus, als im Vorjahre, der Betrag, der für Juvenos- und Winterkorn ausgesetzt ist, ist ebenfalls zu gering. Geradezu aufsehend wirkt die geringe Summe, die für die

Kriegsschädigtenfürsorge

aufgewendet wird. Wir verlangen, daß der Notlage der Kriegsschädigten unverzüglich ein Ende gemacht wird. Der Inhalt des Staatshaushaltsetats ist in Wahrheit der, daß die Ausgaben für die Bedürfnisse der arbeitenden und notleidenden Bevölkerung eingeschränkt, dagegen die für die bestehenden Klassen erhöht werden. Der Betrag von etwa dreieinhalb Millionen, den wir im Budget für die Gewerkschaftskorrate finden, ist bei der Reformbedürftigkeit dieser Institutionen viel zu klein. Dem Neubau an Leben und Gesundheit der Arbeiter muß auf radikalere Weise ein Ende gemacht werden.

Für die Bekämpfung von Volksseuchen sind 11.000.000 Kronen ausgewiesen, fast um zwei Millionen weniger, als im Vorjahre. Dieser Betrag reicht nicht einmal aus, um eine der großen Volksseuchen, die Lungentuberkulose, zu bekämpfen.

Die Spekkassende.

Den besten Beweis, wie wenig es um den Schutz der Arbeiterschaft bestellt ist, liefert der Umstand, daß zur Unterstützung und für den

Bau von Krankenhäusern 4 Millionen (!) — um drei Millionen weniger als im Vorjahre — im Budget eingestellt sind. Die alten Krankenhäuser sind dringend reformbedürftig, sie müssen erweitert und neue Spitäler gebaut werden. Um die Aufnahme eines kranken Arbeiters in ein Spital muß heute gekämpft werden, vielen wird die Aufnahme verweigert, weil der Platzraum zu gering ist. Operationsbedürftige müssen tagelang warten, kranke Proletarier müssen in ihren Wohnungen liegen, gehen zugrunde oder übertragen die Krankheit auf andere. Das Wort „Spekkassende“ hat bei uns Heimatsberechtigung. Es ist eine dringende Pflicht der Regierung, diesem Skandal ein Ende zu machen. Voraussetzung hierfür ist

die Schaffung eines Reichsgesundheitsamtes.

Außerdem fordern wir die Vereinigung der Ministerien für soziale Fürsorge und für Volksgesundheit. Bei der Bekämpfung des so schaffenden Zentralamtes für Körperpflege fordern wir Hinzuziehung der Arbeiter-Turnvereine gegen die übrigen die Feindseligkeiten, die im alten Österreich gegen sie bestanden, wieder aufzuleben scheinen. Verschiedene Bezirksbehörden und Gemeinden legen den Arbeiter-Turnvereinen einen Schwereigkeiten in den Weg und wir fordern daher vom Ministerium für Volksgesundheit, daß die arbeiterturnvereinsähnlichen Behörden endlich enttoterreichert werden. Wir hoffen fest, daß die Gewerkschaft gegen die Arbeiter-Turnvereine nicht nur bei den kapitalistischen Massen der Deutschen, sondern auch bei denen der Tschechen vorhanden ist. — Alle Maßnahmen aber, die wir zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter fordern, bleiben illusorisch, wenn der Staat nicht im Stande ist, die

Wohnungsnot

zu mildern. Ich fühle mich außerstande, das gräßliche Elend zu schildern, das in den „Wohnungen“ genannten Behausungen tausender Arbeiter herrscht. Das proletarische Wohnwesen, die Ursache der Krankheiten und Seuchen, ist eine Kulturshande und eine schwere Gefahr. Die Hausierer der bestehenden Klassen haben bessere Unterkünfte als die arbeitenden Menschen. Die bestehenden Klassen haben kein Interesse an dem Bau neuer Wohnungen, weil ja dadurch die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkte sinken könnte und das widerliche ihrem Klasseninteresse. Der Kampf gegen das Wohnungseld muß daher vom Staate geführt werden und er muß gesetzliche Maßnahmen treffen, um das bisher geringe Interesse der Allgemeinheit an dieser Frage zu wecken.

Die von mir angeführten Gründe allein genügen, es jedem, der unsere programmatischen Grundsätze kennt, klar zu machen, warum wir dieses Budget ablehnen.

Außenhandels mit Deutschland durch Aus- und Einfuhrbewilligungen noch immer nicht eingeleitet ist. Es wird bei Erteilung der Bewilligung höchst engberzig vorgegangen und unsere Industrie dadurch in hohen Maße geschädigt. Besonders bedauerlich sind die bürokratischen Schwierigkeiten, die bei der Erteilung der Bewilligungen bereitet werden. Ferner weist Dr. Bolzinger darauf hin, daß das Abkommen Erleichterungen im Grenzverkehr vorsieht, die aber leider nicht angewendet werden. Im Gegenteil, in letzter Zeit sind die Grenzen hermetisch abgesperrt worden, damit nicht allzuviel Ware aus Deutschland zu uns heringebracht wird. So notwendig es auch sein mag, Vorkehrungen gegen Schmuggel und Zollmanipulationen zu treffen, müssen doch die Arbeiter in Deutschland in Arbeit gehalten und ihren Lohn in Mark ausbezahlt erhalten, ihre Lebensbedürfnisse aber in Kronen zahlen müssen. Durch den Markkurs sind diese Arbeiter, und es handelt sich da um viele Tausende, in ärgste Not geraten. Es gibt kein anderes Mittel, um diesem Elend abzuwehren, als den Leuten zu erlauben, daß sie die Lebensmittel dort, wo sie angeschafft werden, einkaufen und umgekehrt über die Grenze bringen dürfen. — Im selben Sinne sprach Abg. Kretschmer. — Abg. Kramarz wies auf den armen Schmutz hin, der an den Grenzen infolge des Schmutzunterschiedes abströmt und betonte die Notwendigkeit, den Grenzschutz zu verstärken, Verbot der bürgerlichen Zollerleichterungen bei der Erneuerung der Ausfuhrbewilligung stimmte er Dr. Bolzinger zu. — Genosse Hadenberg wies darauf hin, daß die teuren Meßpreise der Grenzbevölkerung z. B. an der deutsch-tschechischen Grenze, die den Lohn in fremder Währung bekommen, vor allem schon den ganzen Lohn aufzehren. Es handelt sich hauptsächlich um Lebensmittel, deren Erhöhung den Arbeitern gestattet werden soll. Sodas kommt Schmutzgeruch die Rede sein könnte. Natürlich sind wir damit einverstanden, daß alle Vorkehrungen getroffen werden. Es handelt sich besonders um die Zustimmung der deutschen Behörden. Es muß daher bei der deutschen Regierung innewirkt werden. Es liegt das auch im Interesse des Staates, da die Grenze nicht arbeitslos werden und vom Staate unterhalten werden müssen. — Es sprachen dann noch Kretschmer und Kramarz, worauf das Wirtschaftsabkommen genehmigt wurde. — Dann berichtete Abg. Uhlir über den Handelsvertrag mit Frankreich, der ohne Debatte angenommen wurde.

**Aus dem Handels- und Gewerbeauschuß.**

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung stand die Liquidierung des Außenhandelsministeriums. Der Handelsminister Novak besprach Fälle verfehlter Handels- und Gewerbepolitik. Durch Lieferungen schlechter Waren ist unser Handel im Auslande diskreditiert worden. Abg. Genosse Palme begrüßt die Liquidierung des Außenhandelsministeriums und Eingliederung in das Handelsministerium. Er wünscht, daß die ganze Handelspolitik nach einheitlichen, großzügigen Grundsätzen durch bewährte Fachmänner geleitet werde. Handelspolitik vertritt keine Bürokratie. Redner berief an einem Beispiel des Ausfuhrverbotes von Elektroporzellan nach, welche schäpferen Fehler zum Schaden der Volkswirtschaft aus Anlaß der letzten Mobilisierung gemacht worden sind. — In der gestrigen Sitzung wurde die Liquidierung der Bauministeriale mit einigen kleinen Änderungen angenommen.

**Das Arbeitspensum des Abgeordnetenhauses.**

**In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses**

berichtet der Präsident über den bisherigen Verlauf und das restliche Programm der Budgetdebatte. Danach sollen am Freitag nach Möglichkeit alle eingezeichneten Redner zum Worte kommen. Am Samstag soll der Berichterstatter das Schlusswort erhalten und eventuell eine ministerielle Erklärung abgegeben werden. Um halb 2 wird mit der Abstimmung begonnen, die gegen vier Uhr beendet werden soll. Eingebbracht wurden von deutscher Seite 130 Resolutionen, davon 30 sozialdemokratische und 25 Anträge, davon 14 sozialdemokratische. Die Kommunisten haben bisher noch keine Anträge eingebracht. Nach Beendigung der Budgetdebatte werden die beiden auf der Tagesordnung der Sitzung stehenden Gesetzesvorlagen verabschiedet, die Wahl des sozialpolitischen und des Verfassungsrechtlichen Ausschusses durchgeführt und die Abstimmung der acht dringlichen Interpellationen vollzogen, unter denen sich die Interpellation Bohal über die Gewinnbeteiligung im Bergbau, die Resolution Hillebrand über die Weidung und die Resolution Wittich über die Ausweisungen aus Preßburg befinden.

**Weihnachtsferien vom 21. Dezember bis 10. Jänner.**

Am Dienstag tritt das Haus um 1 Uhr mittags zusammen, führt die zweite Lesung des Budgets durch und zieht die zwei Gesetzesvorlagen über die Bewertung der Kriegsanleihe und über die gleichzeitige Verlautbarung der Gesetze in slo-

wakischer Sprache in Verhandlung. Am Dienstag soll auch die Debatte über den Dankbeamtenstreik fortgesetzt und nach Abgabe einer Regierungserklärung des Ministers für soziale Fürsorge beendet werden. Der 30. November und 1. Dezember sind den Beratungen der Ausschüsse und Klubs vorbehalten, am 2., 6., 7., 9. und 10. Dezember finden Plenarsitzungen des Hauses statt, am 11. tritt wegen des Parliaments der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Pause bis zum 14. Dezember ein. Am 15. werden die parlamentarischen Beratungen wieder aufgenommen, am 21. Dezember sollen dann, wenn sich alles programmgemäß vollzieht, die Weihnachtsserien beginnen. Das Haus tagt dann wieder vom 10. bis 21. Jänner und geht an die Ferien. Die nächste Session wird dann den normalen Gang der Dinge vorausgesetzt, Ende März beginnen.

**Die Dezembertagung.**

Auf Antrag des Vizepräsidenten Dr. Czoch wird sich der Präsident mit den Reichstagspartei wegen der Beschleunigung der Verhandlung der Vorlage über die Haft der politischen Delinquenten in Verbindung setzen und diesen Gegenstand in der Wintertagung zur Beratung bringen. Die Dezembertagung ist vornehmlich der Verabschiedung jener sozialpolitischer, finanzieller und verfassungsrechtlicher Gesetze, die bis 31. Dezember befristet sind. Außerdem ist auch die Beratung des Monarchistengesetzes und die Verabschiedung des Bundesministeriumskredites für die Landesreform in Aussicht genommen.

**In der gestrigen Sitzung der Klubodnenkonferenz**

wurden die Beschlüsse des Präsidiums von den Parteien ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Im Anschluß daran brachte der Präsident das Ersuchen der Parlamentsjournalisten, um mögliche Verkürzung der Abenditzungen zur Sprache. Auf Veranschlagung des Präsidenten einigten sich die Klubodnen auf folgende Zeiteinteilung: Am Dienstag soll das Haus von 1 Uhr bis in die späteren Nachmittagsstunden tagen, an den weiteren Plenarsitzungen von 10 Uhr bis 4 Uhr nachmittags bei gleichzeitiger Beteiligung der Ausschüsseberatungen in die Nachmittags- und Abendstunden. Diese Zeiteinteilung gilt natürlich nur für normale Verhältnisse.

Der Präsident brachte sodann der Obmannkonferenz das künftige Arbeitspensum zur Kenntnis und erörterte alle jene Gesetzesmaterien, deren Verabschiedung im Laufe des Dezembers und Jäners in Aussicht genommen ist. Zu den befristeten Vorlagen, deren Erledigung bis spätestens 20. Jänner erfolgen muß, kommt noch das Nachtragsbudget, dessen Verhandlung aller Wahrscheinlichkeit nach erst im Monat Jänner erfolgen dürfte. Der Präsident urgierete die Aeukerung der einzelnen Klubs in der Richtung, ob die vor vielen Monaten eingebrachten und nicht mehr aktuellen Anträge von den Parteien widerrufen werden. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Böhr teilte der Präsident mit, daß die Frage der parlamentarischen Behandlung, der im Hause eingebrachten Resolutionen den Gegenstand eingehender Prüfung im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses bildet. Abgeordneter Genosse Dr. Czoch legte gegen die Übergehung der Minorität bei der Zusammenfassung des Präsidiums der Ersparungskommission entschiedenen Protest ein und rügte die dabei beobachteten Vorgang als einzig dastehend und jedem parlamentarischen Brauch höhnisch. Minister Schramel suchte die Anschaltung der Minorität dadurch zu rechtfertigen, daß es sich um einen Ausschuss handle, welcher aus Mitgliedern beider Kammern bestiehe und in dessen Präsidium daher Funktionäre beider Kammern berücksichtigt werden müssen. Daher sei darin für die oppositionellen kein Platz. Im Nebenhandele es sich um eine „bloß vorläufige Besetzung“ des Präsidiums. Abgeordneter Genosse Hillebrand legte gegen die von den Preßburger Behörden in letzter Zeit wiederholt geübten Verhöhnungen parlamentarischer Reden (Wittich, Kormendik usw.) entschiedensten Verwahrung ein und verlangt die sofortige Abstellung dieser Uebergriffe. Der Präsident erklärte, daß er, wie in früheren Zeiten, auch diesmal einschreiten bereit sei. Ministerpräsident Benesch teilte mit, daß es sich auch diesmal lediglich um Willkürlichkeiten lokaler Organe handle, um Uebergriffe, die den Intentionen der Regierung zuwiderlaufen und die sofort abgestellt werden, wobei den Abgeordneten völlige Genehmigung gegeben werden soll.

**Inland.**

Tschechisch-Merikale Deher gegen den tschechisch-deutschen Ausgleich. Unter dem Titel „Wir und die Deutschen“ behandelt der Leitartikel des Merikale „Pravdy Rečník“ vom Donnerstag die von tschechisch-realistischer Seite geforderten Bestrebungen, dem nationalen Frieden in der tschechoslowakischen Republik die Wege zu ebnen. Das Blatt wendet sich dagegen, daß die offizielle „Ceskoslovenska Republika“ in ernster Weise die von dem Studenten Karl Racl unerschrocken formulierten Grundprobleme dieses Staates diskutiert hat und erklärt dann: „Wir werden über die Selbstständigkeit zu denken und zu diskutieren beginnen, der Deutsche aber wird uns Anträge versetzen.“

Dies ist seine Art der Diskussion. Wenn wir nur einen Augenblick aufhören, an die Gerechtigkeit unserer Sache und unseres Sieges zu glauben, so ist es um uns geschehen. ... Wenn wir den Deutschen die Autonomie geben, so verkaufen wir damit auch die Sicherheit dieses Staates. Sollten wir mit den Deutschen verhandeln — und es scheint sich offenbar darum zu handeln, den Parteien das Versprechen abzugewinnen, für gewisse bisher noch nicht eingebrachte Regierungsvorlagen zu stimmen — so wird damit die nationale Gemeinbürgerschaft zerstört werden. Kramarz hat bereits das Wort „Klax“ in den Saal gerufen, als am Mittwoch der Abgeordnete Lutavsky von Verhandlungen mit den Deutschen sprach, von denen das Parlament nichts wisse. Gegen gewisse Kreise den Plan, einen liberalen tschechisch-deutschen Block für die Erledigung der brennenden Frage des Verhältnisses der Kirche zum Staate zu schaffen, dann werden sie dies nur erzielen können unter großen Schäden für unsere nationale Sache. Es scheint, daß das Beharren, den Katholizismus in der Republik zu unterdrücken und die Zehnität nach der Diskussion unseres Nationalismus und der philosophischen Grundlagen unserer Selbstständigkeit stärker sind als die sozialnationalen Regierung im Sinne der tschechischen Tradition“. Aus diesem Schluß des Artikels geht deutlich hervor, daß es sich den sonst gerade national nicht sehr hitzigen Merikalen bei ihrer Hege gegen eine nationale Friedenspolitik nur um die Aufrechterhaltung und Vergrößerung ihres Einflusses im Staate handelt, und daß sie vor allem beunruhigt, daß nach Ordnung der nationalen Verhältnisse die Bahn frei würde für eine freihändlerische Aufzucht im Staate. Sie fürchten, die tschechoslowakische Republik könnte wirklich ein Kulturstaat werden, der die Freiheit der Diskussion und der geistigen Entwicklung garantiert. Am meisten freudig sind sie besorgt, daß nach erfolgter nationaler Einigung ihre Mitwirkung an der Staatsmaschine überflüssig würde und es dann zur Trennung des Staates von der Kirche kommen könnte, die ihre materielle Machtstellung derart gefährdet würde, daß sie im großen Kampfe der Ideen einen schweren Stand hätten. Sie mühten dann mit dem modernen Geiste den Kampf mit gleichen Waffen aufzunehmen. Man sieht an diesem Artikel so recht, wie sehr nationaler Chauvinismus und Fortschrittsfeindlichkeit zusammenhängen. Die Spitze der Merikalen Brekpolenik lehrt sich vor allem gegen das Wort Masaryk: „Demokratie ist Diskussion“, das sie und die anderen Chauvinisten nicht zur Tat werden lassen wollen.

**Die Deutschen in der demokratischen Republik.** Alois Hajn schreibt im „Cas“: In der demokratischen Republik werden die Deutschen kein so sorgloses und bequemes Leben haben und müssen sich schon mit dem Faktum auseinandersetzen, daß sie nicht alles das haben werden, was sie in Oesterreich hatten. Sie werden sicherlich alles erhalten, oder besser gesagt, sich eringen, was einer kulturell so fortgeschrittenen und wirtschaftlich so starken Minderheit gebührt, aber nur durch positive Arbeit, sachliche und verständige Politik werden sie dies erreichen, nicht durch Regation und Widerstand gegen die Republik und ihre Verfassung, Aufspaltung der nationalen Leidenschaften und Hervorrufung nationaler Konflikte. Mit ihren bisherigen Methoden werden die Deutschen nichts erzielen, bloß durch gegenseitigen guten Willen und Mäßigung ist ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken erreichbar. Präsident Masaryk und die von Dr. Benesch geleitete Regierung sind von diesem guten Willen erfüllt und streben eine vernünftige, sachliche Politik in nationalen Fragen an und es liegt an den Deutschen, wenn sie hiebei positiv mithelfen und so die Geschichte der Republik mitbestimmen wollen. — Unseres Erachtens haben die Deutschen in den drei Jahren des Bestandes dieses Staates so viel guten Willen und Mäßigung bewiesen, daß Hajns Morallehre besser an die Adresse der tschechischen Chauvinisten zu richten wäre, die es nicht begreifen wollen, daß in einem demokratischen Staatswesen alle Nationen gleiche Rechte haben müssen.

**Zum Schutz des Präsidenten.** Wie das „Pravo Lidu“ erfährt, beabsichtigt die Regierung, die Gesetzesvorlage zum Schutz des Präsidenten zurückzuziehen und durch eine neue, teilweise umgearbeitete, zu ersetzen. Die Gesetzesvorlage wurde dem Senat vorgelegt.

**Bereinigung der tschechischen Gewerbearteiler mit den tschechischen nationalsozialistischen Gewerbetreibenden.** Wie das „Rude Pravo“ aus vertrauenswürdigster Quelle erfahren haben will, haben dieser Tage in Prag vertrauliche Beratungen zwischen der tschechischen Gewerbearteiler und den Gewerbetreibenden, die in der tschechischen nationalsozialistischen Partei organisiert sind, stattgefunden. Letztere sollen mit dieser Partei unzufrieden sein. Die Beratungen sollen schon so weit gediehen sein, daß es sich nur mehr um die Zahl der Mandate handelt die den Abgeordneten Slabicek und Meislich vorbehalten werden sollen. Namentlich wird über

den Klassencharakter der tschechischen Nationalsozialisten wohl kein Zweifel mehr herrschen.

**Das geheimnisvolle Attentat.** Donnerstag mußte das tschechische Preßbüro von einem ganz ungeheuerlichen Attentat zu berichten, das der Telefonüberwacher Bela Jalis, der Beamte Wilhelm Kaiser und der Beamte Ladislav Jekete gegen den Polizeipräsidenten, den Minister Ricura und, damit es gleich dafür steht, auch gegen den Dr. Benesch geplant haben sollen. Die Polizei hat zu diesem Attentat rechtzeitig einmündig Kilo falsches Dynamit beigelegt und es gelang ihr, das Leben der drei Staatsmänner zu retten und überdies den Kaiser und seine Eltern in Haft zu nehmen. Bei der Tüchtigkeit der Preßburger Polizei gelang es ihr auch, auf eine Unterbringung des Kaisers bei der städtischen elektrischen Bahn von nahezu 20.000 K zu kommen. Als Motiv des Attentats soll Kaiser den Haß gegen die Tschechoslowakei angeführt haben. Dieses Motiv ist für die Behörden doch etwas belastend und sie werden gut daran tun, den Tatbestand dieser von ihr so mysteriös wiedergegebenen Angelegenheit rechtzeitig bekanntzugeben. Man würde im Ausland sonst annehmen, daß wir uns noch tiefer am Balkan befinden, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

**Der ewige Sachverständige.**

In deutschen Blättern steht zu lesen, daß der Vorsitzende bei den deutsch-polnischen Verhandlungen, der Schweizer Calender, den Herrn Dr. Sodac als Sachverständigen beigezogen habe. Das bedeutet für die Tschechoslowakei, die sich doch rühmen darf, den „Sachverständigen“ Herrn zu ihren Bürgern zu zählen, gewiß eine hohe Ehre und wir fragen uns mit Fug und Mähe, warum das Korrespondenzbüro diese erhabende Tatsache nicht gemeldet hat. Will Herr Benesch sie vielleicht diskret behandelt wissen, weil die Mitwirkung des Herrn Dr. Sodac beim Genfer Völkerverbund die stets so selbstlose Tschechoslowakei in den „ganzlich ungerechtfertigten Verdacht“ der Geschäfte-macherei brachte? Dann jedenfalls war das Mittel schlecht gewählt. Denn mißtrauisch, wie die Menschen schon sind, werden sie hinter der neuen diskreten Mission des tschechischen Sachverständigen neue tschechische Geschäfte wittern und wir fürchten: mit Recht! Damit ein paar Bissen für die „Republik“ abfallen, werden Deutschlands Interessen „sachverständig“ den Polen preisgegeben und „unsere lokalen Beziehungen zum germanischen Nachbarn“ um ein trauriges Faktum mehr bereichert werden. Will Herr Benesch einen festen polnisch-tschechisch-französischen Ring um Deutschland schmieden, kann er es nicht besser tun, als durch die Entsendung des Dr. Sodac in eine Korpschaft, bei der sich die Deutschen um ihr letztes Bischen Leben, vermutlich erfolglos, wehren werden.

**„Reidische politische Komödianten und Geschäftspolitiker“.**

so nennt die agrarische „Deutsche Landpost“ nicht etwa die nationalen und sozialen Gegner der Agrarier, sondern ihre nationalen Brüder, ihre Verbündeten im Deutschen parlamentarischen Verband, kurz: die Deutschnationalen! Das geschieht in einem Zornesausbruch, den das deutschagrarische Blatt wegen eines Auftrages der Deutschen Nationalpartei erlitt, der sich für die Stärkung der Bewegung der Kleinlandwirte ausspricht, weil, wie es dort heißt, „die Interessen der deutschen Kleinbauern und Kleinhausler im Bunde der Landwirte, also jener Partei, in welcher die Großagrarsuchen nicht mit Nachdruck entsprechend vertreten werden.“

Die Antwort auf diesen Angriff auf den Bund der Landwirte überschreibt die „Deutsche Landpost“ mit dem Worte: „Ajui!“ Und dann läßt das Blatt los:

„Wir sind nicht eine alleinseligmachende, allesvertretende Partei wie die Deutschnationale. ... Darin beruht die Stärke und Macht unserer Partei, die zu zerstören einigen neidischen politischen Komödianten und Geschäftspolitikern nicht gelingen wird.“

Ihre Ministerarbeit, die das Herz des deutschen Volkes treffen, die das mit schwerer Mühe endlich geeinte deutsche Landvolk trennen und spalten soll, ist in der heutigen Zeit ein Anschlag gegen das gesamte deutsche Volkstum. Traulich ist es nur, daß sich dazu die Leitung einer Partei hergibt, die sich Deutschnationale Partei nennt, die sogar nicht verabsieht, auf die „Qualität“ in der ganz anders politisch konstruierten tschechischen Agrarpartei hinzuweisen, eine Spaltung, die in diesem Sinne dort bis jetzt nicht vollzogen ist.

„Gott schütze uns vor...“

Es wäre schade, wenn diese Kennzeichnung der Führer der Deutschen Nationalpartei untergehen würde, damit sei sie zum dauernden Gedächtnis hier festgehalten.

### Der Verbandstag der Bankbeamten.

Der Verband der Bank- und Sparkassenbeamten, die Organisation der Beamtenschaft der deutschen Geldinstitute in der tschechoslowakischen Republik hält heute und morgen die zweite ordentliche Hauptversammlung, die Tagung der Delegierten aus allen Ortsgruppen ab. Der Verlauf der Hauptversammlung kommt diesmal eine erhöhte Bedeutung zu und die Verhandlungen derselben gewinnen an Interesse, weil sie fast unmittelbar nach dem unglücklich beendeten Bankstreik stattfinden. Es wird also Aufgabe der Delegierten sein, den Streit in seinen Ursachen, in seinem Verlauf und in seinem Ende zu besprechen und aus diesem ersten großen Kampfe, den die Bankbeamten geführt haben, die Lehre zu ziehen, aus diesen Lehren jene Vermehrung der Kräfte zu erwirken, die demjenigen zuteil wird, der sich die Erfahrungen der Vergangenheit zu Nutze macht. Auf das seelische Leben der Bankbeamten hat die Niederlage im Kampfe viel mehr gewirkt, als es in gleicher Situation bei Arbeitern zu sein pflegt. Die Bankbeamten sind eine soziale Schicht, die erst seit wenigen Jahren zur Erkenntnis der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gelangt ist, die durch eine Reihe erfolgreicher Aktionen die Grenzen ihrer Kraft nicht erkannte und die erst in einem schweren Kampfe erfahren mußte, welche Zähigkeit und Unentwegtheit dazu gehört, in einem Zeitalter verschärfter Klassenkämpfe zu bestehen. Aber so viel kann man heute schon sagen, die Bankbeamten sind durch ihre Niederlage gebeut aber nicht gebrochen worden. Ihre Organisation blieb unberührt, trotz ihrer Niederlage. Was Spreu war unter den Bankbeamten, hat die Organisation verlassen, die anderen jedoch, die in Treue ausgescharrt haben, sind in ihrem Massenbewusstsein gestärkt worden. Auch Niederlagen sind eine notwendige Stape im sozialen Kampfe, sie sind nützlich, wenn durch sie das Massenbewusstsein der Kämpfer gestärkt worden ist. Daran hat die brutale Klassenjustiz, die von den Bankdirektoren an einzelnen Männern des Bankbeamtenverbandes verübt worden ist, nichts zu ändern vermocht.

Schon die Tagesordnung der Hauptversammlung zeigt, daß die Bankbeamten ihren Blick nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch nachwärts in die Zukunft richten. Sie werden über die Rolle der Betriebe und Personalkommissionen als Wirtschaftsfaktoren im Produktionsprozeß eingehend verhandelt und gehen dabei deutlich, daß sie sich vorbereiten auf eine Zeit, in der die Wunden, die ihnen zugefügt worden sind, wieder vernarbt sein werden. Eine andere Aufgabe, die sie sich stellen, ist die Vereinigung mit der Organisation der Montanen, jedoch in den deutschen Geldinstituten nur eine Organisation der Angestellten existieren wird. Im „Bankbeamten“ wird in sehr richtiger Weise darauf hingewiesen, daß die Beziehungen zwischen den Banken und der Industrie immer enger werden und daß daher auch die Bankbeamten zu den Industriearbeitern in ein untrügeres Verhältnis als bisher treten müssen. Dem wollen wir hinzufügen, daß dieses untrügerische Verhältnis auch zwischen Bankbeamten und den organisierten Arbeitern hergestellt werden möge, daß sich die Bankbeamten endlich einordnen in das große Heer der kämpfenden Arbeiter und Angestellten.

Aber wie diese Versammlungen zustandekommen, wie groß ihr Umfang ist und inwieweit die Arbeitererschaft auf dem Boden der Resolution steht, das zeigt am besten der Umstand, daß in allen diesen Versammlungen nur ein kleiner Bruchteil der Arbeiter des jeweiligen Betriebes anwesend ist. Die große Masse der Textilarbeiter hat es gründlich satt, sich die kommunistischen Phrasen anzuhören und bleibt den Versammlungen fern. So wa-

### Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 25. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der sozialdemokratische Parteitag wurde heute Nachmittag im Ottawinger Arbeiterheim in Anwesenheit mehrerer hundert Delegierter eröffnet. Abgeordneter Tarek eröffnete den Parteitag, worauf nach der Wahl des Präsidiums der Vorsitzende Seig die Begrüßungsansprache hielt. Er verwelt darauf, daß der Parteitag sich mit der Taktik im Parlament zu beschäftigen haben wird. Die Machtverhältnisse von Proletariat und Bourgeoisie sind in den Zahlenverhältnissen der Parteien des Parlamentes nicht richtig dargestellt. Die Macht des Proletariats in Österreich geht über das hinaus, was die Zahl der Sozialdemokraten im Parlament bedeutet. Aber gerade die Fülle unserer Macht stellt uns gewisse Grenzen in der Ausübung unserer Opposition im Parlament. Wir haben in diesem Jahre streng oppositioneller Taktik viel gelernt und diese Erfahrungen werden wir zur Grundlage für unsere weitere Taktik machen müssen. Wir haben im letzten Jahre schwere Kämpfe um den Bestand der Republik zu führen gehabt. Die kleine Gruppe von Monarchisten in Österreich war keine Gefahr für uns. Mit denen wurden wir schnell fertig. Die Gefahr für diese Republik kam von Osten. So wie unsere Vorfahren die europäische Kultur gegen die Hunnen verteidigt hat, so haben wir die europäische Freiheit in diesem Sommer gegen die Horden aus Magyaren verteidigen müssen. Nicht das magyarische Volk hat uns bedroht, es leidet selbst unter der Militärdiktatur. Aber jener Allzweck, der dieses Volk unterjocht, war es auch, der unsere Freiheit bedroht. Es waren ernie Stunden der Sorge, in denen wir gelebt haben und wir mühten schwere Opfer bringen.

Hierauf begrüßte der Abgeordnete Sener den Parteitag im Namen des Ottawinger Arbeiterheims, hierauf sprach er im Namen der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei. Er führte unter anderem aus: „Zwei drei Jahren ist das deutsche Proletariat der Subjektivität von übrigen Österreich losgetrennt. Der Friedensvertrag war es, der unsere alte österreichische Partei zerbrach und uns, deutsche Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei, zur Selbstständigkeit erzogen hat. Derselbe Friedensvertrag, der für Sie eine der größten Dingen Ihrer Zeit ist, hat die Tschechoslowakei geschaffen und uns ihr einverleibt. Wenn wir auch nicht mehr eine Klassen- und politische Gemeinschaft bilden, so darf ich wohl behaupten, daß diese Verhältnisse nicht geändert haben und nicht ändern können daran, daß wir Arbeiter geblieben sind, wie wir es immer gewesen sind. Ein Vertreter der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei sieht sich hier nicht als Fremder. Als betrachte mich nicht als Gast, nicht als „Ausländer“, sondern, da ich Sie im Namen meiner Partei begrüße, weiß ich, daß im wahren Sinne der Wortes Ihre Erlöse unsere Erlöse sind, daß wir seitwärts miteinander ver wachsen sind, daß wir eine Einheit bilden. In den drei Jahren, da wir von Ihnen getrennt sind, konnten wir mit Freude, aber auch mit Leid Ihre Entwicklung verfolgen. Wir konnten sehen, wie Sie unter ganz brennenden Umständen Meisterwerke der sozialistischen Taktik geschaffen haben und wie haben uns natürlich gefreut, daß Sie in der Krise des europäischen Sozialismus das höchste Gut des Proletariats bewahrt haben, die Einheit. Wie wir politisch weit hinter Ihnen zurückbleiben, so haben wir auch in unseren demokratischen Einrichtungen weit hinter Ihnen zurück. Wir leben in einem Lande eines jungen, geringen Militaris-

ren z. B. in der Versammlung der Arbeiter der Firma Ginzley von 1000 Arbeitern kaum 200 anwesend und in der Betriebsversammlung der Fabrik Johann Piesbig von 240 Arbeitern nicht viel über 100. In einem ähnlichen Verhältnis steht die Zahl der Besucher zu der Zahl der beschäftigten Arbeiter auch in allen anderen Textilarbeiter-versammlungen, über die jetzt der „Vorwärts“ zu berichten weiß.

mus. Wir leben ohne Selbstverwaltung, ohne unsere eigene Regierung und so tobt sich der nationale Streit lustig aus, wie im alten Österreich. Wir müssen für das Recht unseres Volkes kämpfen, aber dabei müssen wir auch gegen die Ausübung des nationalen Streites für die Herrschaftswende der Bourgeoisie und wehren. Leider können wir den Klassenkampf nicht als international geschlossenes Proletariat führen, nicht nur deshalb, weil ein Teil des tschechischen Proletariats einer nationalen Regierungsorganisation angehört, während ein anderer Teil im Gestrüpp der kommunistischen Phrasen sich verstrickt hat, sondern auch, weil im Streit um die Methoden der Taktik auch wir, die deutschen Sozialdemokraten, unsere Einheit verloren haben. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch erinnern an die Taktik, die durch die Wiederkehr der Sabburger und die unmittelbare Bedrohung der deutschösterreichischen Republik von Ihnen und von uns befolgt wurde. Redner erinnert an die Tare, wo durch die Wiederkehr der Sabburger eine unmittelbare Bedrohung der deutschösterreichischen Republik entstand, und wo auch der tschechoslowakische Staat bedroht war. Die Österreichler waren in diesen Tagen zum Umkehrpunkt geführt. Wir hatten eine andere ernste Situation, denn bei uns wurde die Mobilisierung vollzogen, die auch jetzt noch nicht ganz abgeklungen ist. Wir wählten sehr wohl, daß, um den Sabburger aus Ungarn zu vertreiben, die Tschechoslowaken und Polen, besonders, da auch Rumänien mit ihnen einig war, keine Mobilisierung brauchten. Es hätte wohl ein entscheidendes Wort der kleinen Entente genügt, um Karl Sabburg zu verlassen. Aber sie wählten, daß hier die Wiederkehr der Sabburger nur möglich sei durch die Macht der Großen Entente. So war auch die Mobilisierung ein Ausdruck der Schwäche der kleinen Entente gegenüber der Großen Entente. Es wurde mobilisiert vor allem, um der Großen Entente zu zeigen, daß die Tschechoslowaken und Polen, die Sabburger-erztratte bereinigen wollen und so war es eigentlich eine Mobilisierung gegen Frankreich, England und Italien. Die Mobilisierung hat uns Millionen gekostet und Schutanden von Familien waren die Opfer. Die Opfer waren notwendig, weil die Hände der Diplomaten nicht ausreichten, um ihren Willen durchzusetzen. Die Tschechoslowakei hat ihre Forderungen gestellt, die nur zum kleinen Teil erfüllt sind. Wir als Sozialdemokraten, die wir einig sind mit Ihnen in der Abwehr der Reaktion, die aus Prag droht, wie wir und einig wollen mit dem untrügerischen Proletariat, das unter dem Regime der Reichen und Genossen schwer duldet, wir waren uns bewußt, daß in der internationalen Kampf-gemeinschaft des Proletariats die Abwehr der Reaktion zu erfolgen hat. Wir sind einig mit dem Proletariat Österreichs, Ungarns und Deutschlands in der Abwehr der mittel-europäischen Reaktion. Die Solidarität, die uns mit Ihnen verbindet, hat auch unseren nationalen Kampf geerdet, und Friedenherd zu heißen. Hierauf begrüßte Loren (Anschluß) im Namen der tschechischen Arbeitererschaft den Parteitag, worauf Tarek im Namen der deutschen Sozialdemokraten, die sich vor kurzem noch unter dem brutalen Terror der tschechischen Reaktion litten, seinen Freude Ausdruck gab, in der Mitte der österreichischen Sozialdemokraten erscheinen zu können. Unsere Herzen jauchzen Euch zu, weil wir endlich vom magyarischen Joch befreit sind.“

Der „Kassai Hirlap“ samt Druckerei wurde aber Beschluß der angeführten Gesellschaft und des Janyos Dr. Nunan gekauft und letzterem persönlich mit 400.000 K bezahlt. Im Kaufvertrag, den Dr. Vicha und Dr. Nunan aufstellten, wurde zur Täuschung des Steueramtes lediglich ein Betrag von 200.000 K eingesetzt.

Man muß schon sagen: hierzulande verzieht man das Geschäft der Verfälschung der öffentlichen Meinung.

### Tages-Neuigkeiten.

Behandlung von politischen Austauschgefangenen in der tschechischen Republik. Der Kommunist Josef Schneider schreibt aus Moskau vom 4. Oktober: „Gestern abends traf der erste Transport der freigelassenen ungarischen Kommunisten in Moskau ein. Vor vierzehn Tagen wurden sie aus ihren Kerker entlassen, in denen sie zweieinhalb Jahre geschmachtet hatten. Der angelommene Transport bestand aus 59 Genossen, von denen vier zum Tode und die übrigen zu langjährigen schweren Kerkerstrafen verurteilt waren. Unter ihnen befand sich auch der frühere ungarische Volksbeauftragte Rhyistor. Bis zur österreichischen Grenze waren die Genossen mit schweren Ketten aneinandergefesselt. Namentlich die tschechoslowakische Regierung hat sich wahrlich kein Ruhmesblatt erworben, indem sie als williger Zuhälter der Dorthy-Senker die befreiten Genossen während des ganzen Transportes in Ketten gehalten hat. Nicht genug damit, wurde der im Transport befindliche frühere Vorsitzende der tschechoslowakischen Arbeiterregierung Janoutschik von Säbbergen der tschechoslowakischen Republik erneut verhaftet und zurückgehalten. Das tschechoslowakische Proletariat wird zu gegebener Zeit dieses schandhafte Verhalten seiner Regierung mit gleicher Münze heimzuzahlen wissen. Ueber die Behandlung in Österreich und Deutschland wissen die Genossen nur Gutes zu berichten. Ueberall, wo sie mit Arbeitern in Berührung kamen, wurde ihnen ein warmer Empfang bereitet. In Dresden und Stettin hat die Arbeiterschaft große Mengen Liebesgaben unter sie verteilt.“ — Das Klassenbewußte tschechische Proletariat ohne Unterschied der Partei wird diesen Bericht mit heller Empörung und Scham aufnehmen. Die Tschechoslowakei, die sich noch vor kurzem vermohnte, Demokratie nach Ungarn zu tragen, hat sich wehrlosen Opfern Dorthy'scher Kerkermeister ebenso brutal, so feilenlos niedrig benommen, wie die Magyaren selber. Man hat die Gequälten auch noch hierzulande zusammengepöbel! Daß sich die Leser des tschechischen Staates beim Lesen dieses Briefes nicht zu Tode schämen!

Schreckliche Ausbeutung der Bäckergehilfen. Aus Leitmeritz wird geschrieben: Die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit ist den meisten Bäckermeistern eine Lebensfrage. Die Hauptfrage für sie ist der immer größer werdende Geldsack. Eine unerhörte Ausbeutung der Bäckergehilfen besteht in Leitmeritz. Die Arbeitszeit beträgt meistens 12 bis 16 Stunden täglich und dafür bekommt der Gehilfe durchschnittlich 40 Kronen täglich. Die Bäckerlehrlinge werden in der unverantwortlichsten Weise ausgenutzt. Manche Lehrling werden innerhalb 24 Stunden knappe 6 Stunden Ruhezeit gewährt, so daß es nicht selten vorkommt, daß ein solcher Lehrling halb schlafend mit seinem Korbe dahertrommelt. Hält man den Lehrling an und fragt ihn, warum er nicht achtgibt, da er doch an jeden Vorübergehenden ansatzlos einsteigt, so erhält man die traurige Antwort: „Ja ich kann nicht dafür, ich muß um 4 Uhr früh auf und um 10 oder 11 Uhr abends kann ich mich erst niederlegen.“ Das ist ein trauriges Zeichen für diese Gewerbe. Wenn man aber der Sache auf den Grund geht, so findet man sofort die Ursache: Es fehlt die Organisation der Gehilfen. Würden sich die Bäckerarbeiter organisieren, wären solche Zustände nicht möglich. Zwar existiert ein bischen gesellschaftlicher Arbeiterklub, aber dieser bleibt nur Papier, wenn die Arbeiter nicht organisiert sind und die Behörden nie eingreifen, trotzdem sie über die Ungeheuerlichkeiten der Unternehmer geradezu stolpern. Aber auch die Eltern und Vormünder sollen sich eine solche Ausbeutung nicht bieten lassen und sollen die Lehrlingshinderung der politischen Bezirksverwaltung anzeigen und Abhilfe verlangen. Und damit der Amtschimmel bei solchen Dingen nicht einschläft, wende man sich zu gleicher Zeit an ein Arbeitersekretariat. In Leitmeritz könne man sich an das Bauarbeitersekretariat, Rängegasse 19, wenden. Aber es ist dringend notwendig, daß sich die Bäckerarbeiter endlich besinnen und der gewerkschaftlichen sowie der sozialdemokratischen Organisation beitreten. Denn das wird die wirksamste Waffe sein gegen die trübsamen Zustände im Bäckergewerbe.

### Bewerkschaftliche Berstörungsarbeit.

Aufschneiderien der Reichenberger Kommunisten.

Als treue Kämpfer der Moskauer Zellenbildner in den Gewerkschaften war es den Reichenberger Kommunisten schon lange unangenehm, gerade an ihrem Arbeitsplatz keinen nennenswerten Einfluß auf die 12.000 Mitglieder zählende Betriebsgruppe der Textilarbeiter in Reichenberg gewinnen zu können. Unter dem Vorwande, die Aufnahme der aus der Union der Textilarbeiter ausgeschlossenen Ortsgruppen in Brotton und Kraton zu erzwingen, werden nun alle Mittel, auch die der niedrigsten Entlohnung und Verleumdung angewendet, um die Organisation der Reichenberger Textilarbeiter zu spalten. Nur für diese Spaltung Stimmung zu machen, bringt der Reichenberger „Vorwärts“ Berichte über Betriebsversammlungen, die so aufgemacht sind, daß man die Absicht merkt, mit diesen herausgegebenen Berichten den Anschein zu erwecken, als ob die gesamten Reichenberger Textilarbeiter im kommunistischen Lager stünden. In diesen Betriebsversammlungen wird die fassant bekannte Resolution gegen den Verband beschlossen und nach jeder Versammlung erhebt der „Vorwärts“ ein großes Jubelgeschrei.

### Antauf von Zeitungen durch die Regierung.

Einer Interpellation der kommunistischen Abgeordneten Vorwärts, Lauffig und Genossen entnahmen wir folgende interessante Einzelheiten:

Im November 1920 sandte die Regierung den Chef des Pressedepartements des Ministerpräsidiums in die Slowakei, um die dortigen slowakischen und magyarischen Zeitungen für eine regierungsgenehme Haltung zu gewinnen. Die „B. z. am Abend“ (Breschburg) wurde gekauft und ist jetzt Regierungsorgan. In Kaschau wurde eine Staatsdruckerei errichtet, trotzdem dort sechs große und vier kleine Druckereien existieren. Die Leitung dieser Druckerei erhielt ein Ernst Kreska, ehemals Redakteur des „Slovakische Vychod“ in Kaschau, eines Blattes, das vom Ministerium für nationale Verteidigung ausgehalten wird. Für diese Zeitung wurden aus Staatsmitteln luxuriöse Redaktions- und Administrationslokalitäten beschafft. Die Zeitung hatte bis zum 1. Mai d. J. 720.000 K Postiven, die der Staat zu beden hat.

Ferner verhandelte der Abgesandte in Kaschau mit dem Advokaten Dr. Rudy, der wegen Unfortschritten aus der magyarischen sozialistischen Partei ausgeschlossen worden war. Rudy gründete aus Staatsmitteln das magyarische Regierungsorgan „Szabadsag“, das seit dem 15. Jänner 1921 erscheint. Die

Regierung hinterlegte bei der Kaschauer Filiale der „Zivnostenska banka“ einen Betrag von 300.000 K für das Blatt. Die Zeitung erscheint ohne Angabe des Druckortes und des Herausgebers, im Widerspruch zum Verbot. Man will so die öffentliche Meinung irreführen.

Auf dieselbe Art erscheint in der Staatsdruckerei der „Slovakische Vychod“. Natürlich ist auch die Staatsdruckerei passiv.

Um die Gründung von Regierungsbüchern vor der Öffentlichkeit zu verbergen, schuf die Regierung anfangs November nach dem Muster der „Orbis“, G. m. b. H. („Prager Presse“) eine Gesellschaft m. b. H. „Patria“ in Brünn. Die Gesellschafter sind vermögenslos; die Presseabteilung des Ministerpräsidiums hinterlegte für sie Anteile a 20.000 K. Die Gesellschaft besteht aus einem ehemaligen Administrationsbeamten der „Dobro Noviny“, einem Herrn J. Kalina, Direktor des tschechoslow. Presbüros in Prag, und einem Dr. Vicha, Personalreferenten des Pressedepartements des Ministerpräsidiums. Dieses Konsortium übernahm mit dem angeführten Kapital von 60.000 K (!) folgende Regierungsbücher mit ihrem ganzen Apparat: „Moravské Noviny“ und „Morgenpost“ in Brünn, „T. z. am Morgen“, Troppau, „Slovakische Vychod“, Szabadsag“ und „Kassai Hirlap“ in Kaschau.

**Erkrankungsgeschichte der medizinischen Fakultät für Prof. Raudnig.** In der Sitzung des medizinischen Fakultätenkollegiums am 24. November 1921 hielt der Dekan Prof. Raudnig dem verstorbenen Professor Dr. R. W. Raudnig einen tiefempfindlichen Nachruf, in welchem er das tiefempfundene Nachschreiben des allgem. unerschütterlichen Forscher und Kollegen beklagte. Seiner Kampfnatur war es ein Bedürfnis, alles Falsche und Halbe aufzudecken, rücksichtslos bloßzustellen. Auf die fachliche Bedeutung von Professor Raudnig eingehend hob der Dekan die Studien über das thermale Verhalten des Neugeborenen hervor, die unter Professor Voit begonnen, in Prag fortgesetzt wurden. Auf Grund dieser Arbeiten wurde Raudnig mit 30 Jahren an unserer Fakultät einstimmig zum Dozenten gewählt. Die Untersuchungen von Raudnig über das Casein der Milch und dessen Verdauung sind ganz erstklassig. Raudnig hat als erster die Schädigung des Säuglings durch Ernährung mit getohter Milch klar gestellt und zwar in einer Zeit, in welcher niemand daran gedacht hat, daß durch das Kochen lebenswichtigen Stoffe in der Nahrung (Vitamine, Fermente) zerstört werden können. Alle Untersuchungen von Raudnig gehen von originellen Gesichtspunkten aus und sind auf einwandfreie Experimente gegründet. Neben solchen wissenschaftlichen Arbeiten, deren Ergebnisse Raudnig mit gewohnter Energie vertreten hat, zeigte er als zweiten wesentlichen Charakterzug eine große Liebe zum Menschen. Besonders zum erkrankten Kinde. Aus eigenen Mitteln errichtete er 1887, bald nach seiner Dozentur, ein Kinderambulatorium, welches später von einer Gesellschaft übernommen und ausgebaut wurde. Volksgesundheitserziehung des Volkes zu rücksichtsloser Wahrheitsliebe und zu Ueberzeugungstreue, war in späteren Jahren seine Lebensaufgabe. Er ist ein ganzer, charaktervoller und bedauernder Mann mit Raudnig von uns geschieden. — Das Professorenkollegium ehrte den Dahingegangenen durch Erheben des Leibes.

**Matine Komerei zweier Russen.** Im russischen Hause in Prag II, Herrengasse, gerieten gestern Clara Kolašin und Michal Lubretschewitsch Tschelenski in einen Streit, in dessen Verlauf letzterer einen Revolver zog. Die übrigen Gäste brachten die Streitenden auseinander, wobei der Anwalde Antonieon Predikhin, in der Meinung, sein Freund Tschelenski sei bedroht, ein Messer zog und es Tschelenski in die linke Schulter steckte. Der schwerste Anwalde und Tschelenski wurden auf die Wunden geführt, wozu ihnen die Waffen abgenommen wurden. Das Verwundete genügt beide wurde eingeliefert.

**Brand in der Bohemia-Druckerei.** Gestern nach 9 Uhr abends brach in der Bohemia-Druckerei der Pfand zwischen dem ersten und zweiten Stockwerk zu brennen. Nach eintündiger Arbeit gelang es den Wehren, den Brand zu löschen, jedoch jede Gefahr für die Arbeiter beseitigt war. Die Entstehungsursache ist bis zu suchen, daß in einem alten Kamin der Röhren Feuer fing; der Kamin begann zu glühen, wodurch der Pfandbalken in Brand geriet.

**Der Mieterverein Groß-Prag** wird seine Generalversammlung Sonntag, den 27. d. M., um halb 9 Uhr vormittags im großen Saale des „Moradum“ in Weinbörten abhalten. An der Verhandlung sind auch Vertreter der politischen Parteien geladen, um ihren Standpunkt zu der in Vorbereitung befindlichen Mietzinssteigerung darzulegen.

**Beratungen des Reichskabinetts.**

Berlin, 25. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag Abend mit der Erledigung der Reparationsverpflichtungen am 1. Dezember. Es wurden die Schwierigkeiten der Zahlung besprochen. Dieser Teil der Beratungen war streng vertraulich. — Für die Quäntifizierung wurden hundert Millionen bewilligt. Die Quäter haben für deutsche Hilfsbedürftige unter verschiedenen Voraussetzungen drei Millionen Dollars ausgesetzt. Unter anderem verlangen sie die strengste Verfolgung des Wuchers und die Verfolgung der Hilfsbedürftigen.

**Die Hochkonjunktur — der Vorbote der Katastrophe.**

Berlin, 25. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Im Verein Berliner Kaufleute und Industriellen hielt Direktor Kramer vom Reichsverband der Industriellen einen Vortrag, in dem er zugestand, daß die Kreditation der Industrie eine Folge der Drohung mit der Erfassung der Sachwerte gewesen sei. Die gegenwärtige Hochkonjunktur in Deutschland sei der Vorbote einer Katastrophe, deren Umfang und Tragweite sich heute kaum

**Verbrechertaktik des mitteldeutschen Osterreiches.**

Berlin, 25. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Verichte der Führer des Osterreiches in Mitteldeutschland Leml und B. W. W. an die Zentrale der kommunistischen Partei. Die Verichte sind Clara Zeilin abgenommen worden, als sie die Grenze übertritt. Sie entkam schweren Anklagen über die Leitung der kommunistischen Partei. Es geht aus ihnen hervor, daß der Aufstand mit rücksichtslosen Mitteln hervorgerufen wurde. Unter anderem ist der kommunistische Abgeordnete Eberlein sehr besaßelt. Er soll wiederholt vorgeschlagen haben, durch Attentate die Arbeiterklasse anzugreifen. Nur einigen Zufällen sei es zu verdanken, daß die Absicht, zuerst die Unternehmungen der organisierten Arbeiter die Luft streifen zu lassen, nicht zur Ausführung kommen konnte.

Die Zentrale der kommunistischen Partei veröffentlicht dazu eine Erklärung, in der die Echtheit der beiden Verichte zugewiesen, zugleich aber behauptet wird, daß die Nachricht von der Nordaktion nur vom Hörensagen herrühre. Sie werde jetzt nur zu dem Zweck vom „Vorwärts“ veröffentlicht, um die Arbeiter von der Bewegung der Amnestie der politischen Gefangenen abzulenken. Der „Vorwärts“ bemerkt

jemand vorstellen könne. Industrielle Rohstoffe seien höchstens noch bis April vorhanden. Die Ernährungslage sei beängstigend. Die Wirtschaftslage im Ausland sei infolge der Reparationspolitik schlecht und wird immer schlechter. Aber gerade deshalb müßte sie, solange es irgend geht, aufrechterhalten werden. Es komme darauf an, daß wir länger als die Gegner die gegenwärtige Reparationspolitik und die durch sie geschaffene Wirtschaftslage zu ertragen vermögen.

**Wolkwirtschaft und Sozialpolitik.**

Der auswärtige Handel der Tschechoslowakischen Republik. Im Monate April betrug die Einfuhr in die Tschechoslowakische Republik im ganzen 4,368,588 Zentner und 35.100 Warenstücke, die Ausfuhr hingegen 8,147,436 Zentner und 358,002 Warenstücke. Davon wurden 1,049,520 Zentner, d. i. 24,04 Prozent der Einfuhr, auf dem Wasserwege eingeführt und 776,770 Zentner, d. i. 9,53 Prozent der Ausfuhr, ebenfalls auf dem Wasserwege ausgeführt. Die meisten Waren wurden aus Deutschland 1,958,326 Zentner, d. i. 44,83 Prozent, und aus England 527,357 Zentner, d. i. 12,07 Prozent, eingeführt. Die meisten Waren wurden nach Deutschland 3,215,425 Zentner, d. i. 39,47 Prozent, nach Deutschland-Oesterreich 2,697,601 Zentner, d. i. 33,11 Prozent und nach Ungarn 1,013,922 Zentner, d. i. 12,45 Prozent ausgeführt. (Wir entnehmen diese Angaben dem Heft 4 der Statistischen Uebersichten betreffend den auswärtigen Handel.)

**Der Bergbau in Oesterreich.** Im Budgetausführungsbericht des Wiener Parlamentes stellte Handelsminister Dr. Kapfenberger bei den Verhandlungen des Kapitels „Bergwesen“ fest, daß der Bergbau sich seit dem Jahre 1919 günstig entwickelt hat. Das Ziel ist wenigstens ein Drittel des Kohlenbedarfes im Inlande zu erzeugen. Die Kohlenversorgung Oesterreichs hat im Jahre 1921, insbesondere in den letzten Monaten, eine stetige Besserung erfahren. Gegenwärtig gelangen nach Oesterreich monatlich 800.000 Tonnen Kohle und Koks, d. i. 65 Prozent des gesamten Volksbedarfes, aus dem Inlande. Die Jahresförderung an Eisenerzen ist im Jahre 1920 auf 43 Millionen gestiegen und dürfte im Jahre 1921, da der Koksbedarf für die Hochofen sichergestellt wurde, eine Steigerung erfahren.

Ein Glasfischerstreik ist in Prag ausgebrochen, nachdem die Vertragsverhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind.

**Der Wert der Krone.** Es kosten: 100 holländ. Gulden 3118, 100 Mark 33,77%, 100 schweiz. Franken 1818, 100 Lire 389%, 100 francs, Franken 673, 1 Pfund Sterling 383%, 1 Dollar 96%, 100 belg. Franken 653%, 100 Peso 1302%, 100 Dinar 124%, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1,73, 100 poln. Mark 3,05, 100 ung. Kronen 10,95 tsch. Kronen.

**Aus der Partei.**

Localorganisation Prag II: Montag, den 28. d. M., 8 Uhr abends, wichtige Besprechung im Restaurant „U. Roshu“, Krakauerstraße 9.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag: Montag, den 28. November, findet

hiesig: „So also“ die Leiter der kommunistischen Partei Deutschlands aus, die jetzt vor der Öffentlichkeit ungezählte Krotobisiranten über die armen Opfer vergießen. Diese Leute, die mit größter Kaltblütigkeit über die Leiden ihrer eigenen Genossen gehen, haben mit niederträchtiger Hinterlist die Arbeiter in den Kampf gehetzt. Jetzt spielen sie die Unschuldigen, sie die ihre eigenen Anhänger in die Luft gehen lassen wollten, um Provokationen zu schaffen.“ Die „Freiheit“ schreibt: „Die kommunistischen Führer, die die moralische Verantwortung für die blutigen Morde des Märzputsches und die furchtbare Schädigung der gesamten deutschen Arbeiterschaft tragen, drängen, als ob nichts geschehen wäre, wieder in den Vordergrund, wie sie sie in den Monaten vor dem Märzputsch nach sorgfältig ausgearbeiteten Plänen inszenierten. Was folgt daraus für die gegenwärtige Situation? Sorgfältiger denn je ist darauf zu achten, daß die in den Massenorganisationen zusammengeballte Kraft der Arbeiterklassen nicht wieder durch die kommunistischen Störenfriede und Putschisten verjettelt werde. Stärker als je muß es ihr Bestreben sein, sich nicht wieder von den kommunistischen Drahtziehern hinter das Licht führen zu lassen.“

um acht Uhr abends im Restaurant „U. Roshu“, Krakauerstraße 9, eine wichtige Besprechung wurde, bei der durch die Spaltung der Partei ausgelöst Localorganisation Prag II statt. Diese Besprechung wird durch einen kurzen Vortrag eingeleitet. Parteimitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

**Kunst und Wissen.**

Universitätsprofessor Dr. Paul Barth, der bedeutende Soziologe der Leipziger Universität und der Organisator der moralpädagogischen Bewegung Deutschlands, spricht Montag, den 28. November, abends 8 Uhr, in der „Urania“ über „Die Idee des Moralunterrichtes im Lichte der Entwicklung des europäischen Geistes“. Die Karten 6-8 Kr. Mitglieder Ermäßigung. Urania-Konzert.

Neues mittliches Theater. Heute Samstag, 28. November, abends 8 Uhr, „Der Mann mit der Maske“, Kabarett, „Kater Strich“, Sonntag, 29., nachm., „Vetter aus Dingda“, abends „Madame Putzterflü“.

**Turnen und Sport.**

Der Mangel an deutschen Schiedsrichtern bringt es mit sich, daß der D. F. C. Sonntag sein Spiel gegen Union Žilkov von einem Wiener Schiedsrichter leiten lassen muß.

Das abgebrochene Vizeamateurschaftsspiel D. F. C. gegen Tepl. F. A. hat in allen Wittern viel Staub aufgewirbelt. Merkwürdigerweise hat der D. F. C. bis heute zu der Angelegenheit keine Stellung genommen, was in einem anderen Verband gar nicht möglich wäre, da alle Vorfälle vom Sonntag längstens Dienstag erledigt werden müssen. Sonst kann es vorkommen, daß Vereine, die schließlich wegen der Vorfälle gestraft werden, gemächlich noch einige Wochen weiterspielen, und sich eventuell weitere Vergleiche zuschulden kommen lassen. Jedenfalls verdient der Standal vom Sonntag die schärfste Verurteilung und Zähne, damit nicht wieder ein so trauriger Fall von Delegationen vorkommen kann.

Heutige Wettspiele: D. F. C. alte Herren gegen Union Žilkov alte Herren (2 Uhr, D. F. C. Platz). Echte Smithow gegen S. R. Eiben (halb 3 Uhr in Lieben). Sicherheitswoche gegen Hstereck (Sportplatz). C. A. F. C. Rel. gegen Union Brichowitz.

Der Prager D. F. C., der auch Sonntag in den, wenn auch unbereinigten Spiel gegen den Tepl. F. A. bewiesen hat, daß er die stärkste deutschböhmische Mannschaft besitzt, tritt morgen gegen Union Žilkov an, die in der tschech. Meisterschaft zwar an zweiter Stelle steht, aber heute als stärkste tschech. Mannschaft angetrieben wird, da zwar beide Mannschaften unentschieden miteinander gespielt haben, der Papierform nach, aber Union derzeit selbst Sparta nicht zu fürchten hat. Viktoria und Slavia wurden auf eigenem Platz hoch geschlagen. Das Spiel dürfte der Höhepunkt der Saison werden, und die Deutschen müssen sich sehr freuen, um die letzten Niederlagen gegen diesen Verein wenigstens halbwegs gutzumachen.

**Vereinsnachrichten.**

Zentralverband der Knospen in Handel, Industrie und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Nikolaabend in Deines Wintergarten am 7. Dezember um 8 Uhr abends. Programm: „Der Ibrische Dichter“, Einakter von Hans Regina Rod (unter Regie des Autors, in der Hauptrolle Josef Paffner). — Vorführung von 20 Diapositiven der Prager Naturfreunde. —

Kabarett unter Mitwirkung erster Kunstkräfte. Anschließend Tanz. — Es empfiehlt sich, schon jetzt die Eintrittskarten zu besorgen, da diese in beschränkter Anzahl zur Ausgabe gelangen. Karten: Lpitzer Deutsch, H. Bozar, Ad. Schönfelder, Großkaplan, Prag II, Jägerova 4, „Sozialdemokrat“, Habekelpl. 32.

Band der Industrieangestellten der tschechoslowakischen Republik, Ortsgruppe Prag, veranstaltet Montag, den 28. November 1921, abends halb 8 Uhr im Cafe Opera, Prag III, einen Vortragabend über „die heutige Wirtschaftslage“ (Referat: Kollene Wein) mit anschließender Ansprache. Gäste willkommen!

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

Sonntag halb 3 Uhr Nachmittag 371  
**D.F.C. - Union Žilkov.**  
1 Uhr Vorspiel beider Vereine.

„Atlantis“ im Bio Sansouci. Der grandiose französische Kunstfilm „Atlantis“ von Pierre Benoit, der gestern an dieser Stelle ausführlich besprochen wurde, hat gestern bei der Premiere des ersten Teiles im „Bio Sansouci“ förmlich Sensation gemacht. Die herrlichen Wüstenbilder, die wundervollen landschaftlichen Genierungen aus Ägypten und dem Sudan, das ganze Szenarium und geheimnisvolle Mission üben auf das außerordentliche Gans den stärksten Eindruck aus. „Bio Sansouci“, in seiner ganzen Führung und Aufmachung ein wahrhaft großstädtisches Unternehmen, hat sich in der kurzen Zeit seines Bestandes in solcher Weise die Gunst des Publikums erworben, daß die Abendvorstellungen trotz des richtigen Theaterjahres ausnahmslos ausverkauft sind. Kartenverkauf bei Truhlar („Moruna“ und „Kochil“) den ganzen Tag an der Biografie von 9-20 Uhr ununterbrochen. 374

**Auf die Marke „Libenia“ Nr. 60**

wurde Herr Jos. Petlach in Solvaec bei Sloup die Summe von K 250.— ausgezahlt. Auf die Marken Nr. 33, 26, 58, 3, 55 u. 35 wurden Schuhputzkassetten den Herren: Alois Měšťáček, Vydrošany, Hájkova, Jos. Toman, Žilkov, Hrazova, Johann Cepela, Dubl, Karl Ševčík, Suliš, Julius Prešchauer, Stránsko bei Hodonin, Johann Cermák, Žilkov, Blahoslavova, ausgefolgt. 379

Erste Marke der Welt! Remington vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, bis-a-vis dem Oberen dum. Telephon 2871. 107

**Rechtzeitig eindecken!**

Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“ in bekannter erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen. Generalvertreter: JOSEF POLLAK, Weinberge, Resslova 3. Telephon 210, 313

**Selbstschreibende Durchschreibungs-Maschinen**

der Firma Slogowski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefeststellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

**STOCK**  
COGNAC  
MEDICINAL  
GARANTIERT REINES ECHTES WEINDESIGNAT

**PALMA**  
Der unverwundliche Kautschuk-Schuhabsatz



**OSRAM**

**18 Théâtre Variété 18**  
Prag-Karlín.

Die letzten Tage des grandiosen Programms

The Redan Cladiboren, Schenk Clo, Im Herrenzimmer, Chas. Hora Gentleman-Jongleur.

8 Neue Attraktionen,

ferner: Nansen's Seelöwen, Ellen Octavio, Affen, Hunde u. Katzenressur, Edith Hagedorn Lichtfeeie. — Morgen Sonntag 2 Vorstellungen halb 4 u. halb 8 Uhr. Karten rechtzeitig versorgen.



**KOFLE-KOKS**  
in plombierten Säcken  
**Spoboda & Finajs**  
PRAHA, Jungmannova 3.  
Telephon 553-5514. 333

**Café u. Restaurant**  
Neu eröffnet, Zentral Komotau. Neu eröffnet  
DER NEUZEIT ENTSPRECHEND EINGERICHTET.  
Vorzügliche Küche. ff Pilsner Urquell. Out abgelagerte Weine. Ab 6 Uhr früh geöffnet. Frühstück ab 9 Uhr vorm. Menu von 8 K aufw.  
Täglich ab 8 Uhr abends **Künstler-Konzerte**  
bei freiem Eintritt. Sämtl. Zeitungen liegen auf. Um zahlreichen Zuspruch ersucht  
Josef Mlech u. Frau, Besitzer.  
350

**Siegmund Deutsch**, Plestany, Wilsonstr. 25.  
offertiert Speisekartoffel, Linsen, Bohnen, Erbsen, rumänischen Hafer, Nüsse, Zwiebeln, Knofel.  
Qualität garantiert bis Käufers Endstation. Anfragen auf kleine Posten werden nicht beantwortet, nur Waggonware. 361  
**Jede Sendung geht transito.**

**CAFÉ ELEKTRA**  
PRAG-WEINBERGE,  
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.  
TREFFPUNKT DER GENOSSEN  
Telephon 4854. 124

**EGGER & CO.**  
PRAG-KARLÍN, Královská tř. 14.  
FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.  
Eggers Milch- und Kaffekaramellen,  
Eggers 140er Peppermint 87  
in allen Konsumvereinen erhältlich.

**Lesen Sie** bitte unseren neuen, illustrierten Katalog Nr. 516 über kostgünstige und hochwertige Spezialartikel für Damen und Herren; Diskreter Versand in verschlossenerm Kuvert ohne Firmenaufdruck gegen 2 Kč in Bar od. Marken.  
„Novitas“ Versandgeschäft, Aussig a. E. 31

**Drucksorten**  
aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die  
Druckerei der **TRIBUNA A.-G.**  
Prag II., Karlovo nám. 15.  
Telephon 3090. Voranschläge gratis. 3090. 147

**Kuh & Kretsch**  
Likörfabrik  
**Teplitz-Schönau.**  
**Ebermanns**  
Mundwasser — Zahnpulver  
das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64  
Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.  
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

**Kanafase, Inlete!**  
in kompletten Breiten. Chiffone, Damaste, eigene Erzeugung von Arbeiterwäsche, ferner grosse Auswahl in aller Art Barchonten und Kleiderstoffen.  
**Otto Taussig, Prag I., Dušní 1.**  
Telephon 8030 VI.  
Persönlicher Besuch erwünscht. 126

**Likör- und Essig-Fabrik**  
B. u. L. Windholz, Brünn. 3  
Spezialitäten: Curacao Triple Sec-Gelreidekummel. „Spaniola Griotte.“

**National u. Praga**  
**KONTROLL-KASSEN**  
von Kč 950.—  
mit Fabrikgarantie  
Rekonstruktionen  
Urbau 312  
Reparaturen  
Vernickelungen  
Repar. Abonnement  
zu den billigsten Preisen im Fachgeschäft:  
**Kontroll-Kassen G.m.b.H.,**  
Prag I., Rybná ul. 20.

Wir erzeugen wieder feinste  
**Theemargarine „SANA“**  
und vorzügliche  
**Tafelmargarine „AXA“**  
den besten, altbewährten Bufferersatz der Neuzeit in Friedensqualität.  
**Sana Ges. m. b. H., Prag-Hloubětín**  
Půjčovni 2. 269

**Reisstrohbesen**  
Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.  
Prag, Soukenická 7.  
In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

**REMA**  
die beste  
**Speise-Schokolade**  
besorgt den Konsum-Vereinen die  
**G. E. C.**

**Marx-Kalender für 1922**  
in schöner, geschmackvoller Ausführung das Stück mit Block zu Kč 2'15, sowie  
**Adler- u. Seligerkalender**  
mit Block das Stück zu Kč 2.—, liefert  
**Photokal, Fabrik phot. Kartons u. Kalender**  
**Pankratz & Co., in Neuern, Böhmerwald.**  
287

**PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK**  
**Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,**  
FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 188  
bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.



Gegen 10 Kč auf Faden liefern wir Violinen, Mandollinen, Guitarrren, Grammoophone, Platten und alle anderen Musikinstrumente, sowie auch deren Zubehör, wie Saiten usw.  
Gramophone-Import-146  
Compani Brno, Freitellplatz 9  
Preisliste bei Angabe des gewünschten Musikinstr. gratis.

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich noch heute meine interessanten u. lehrreichen Broschüren kommen lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von Kč 2, in bar. Versandgeschäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

Reserviert für:  
**MERL & WEISS**  
FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN  
PRAG, NARODNI 23a. 141

**F. ŠTASTNÝ, Spediteur, Prag**  
Václavské nám 57.  
Spedition aller Art, Verzollungen  
**eigene grosse Lagerräume**  
Möbeltransport per Bahn und  
Achse ohne Umladung. : :  
Spedition der „Grosseinkaufsgesellschaft“ Prag.

GENOSSEN BESUCHET:  
**ANTON BORO VAN**  
Weinberge, Jungmannova 73  
Erzeugung von Stroh- u. Filzhüten für Herren, Damen und Mädchen.  
Umformungen und Reparaturen schnell und billigst. 79

**Beachtet unsere Inserate!**